

Bundeskanzler Helmut Kohl:

## Am 25. März 1957 begann eine einzigartige Erfolgsgeschichte

Vor vierzig Jahren wurden in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Euratom unterzeichnet. Damit wurden Visionen der großen Europäer der Nachkriegszeit, Robert Schuman, Konrad Adenauer oder Alcide de Gasperi, verwirklicht.

**Bundeskanzler Helmut Kohl  
aus Anlaß des 40. Jahrestages der  
Unterzeichnung der Römischen  
Verträge am 25. März 1957**

Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge, die auf der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl aufbauen konnten, wurden die Lehren aus der leidvollen Geschichte Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gezogen. An die Stelle überkommener Machtpolitik trat das Konzept von Zusammenarbeit und Integration. Dies war, wie der damalige Staatssekretär und spätere Präsident der EWG-Kommission Walter Hallstein in seiner Erklärung vor dem Deutschen Bundestag am 21. März

Fortsetzung Seite 2

### HEUTE AKTUELL

#### ● Europa

Hans-Gert Pöttering: Europäische Währungsunion - politisch und wirtschaftlich notwendig. Seite 4

#### ● Arbeitsplätze

Reform der Arbeitsförderung endgültig verabschiedet. Seite 8

Konzept zur Verstärkung beschäftigungsfördernder Investitionen. Seite 11

Vorrang für Beschäftigung. Neue Initiativen für den Aufbau Ost. Seite 14

#### ● Berufsausbildung

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers: Lehrstellen '97 - Kräfte bündeln. Seite 24

#### ● Landesparteitage

Neumünster: Peter Kurt Würzbach neuer Landesvorsitzender. Seite 38

Wildeshausen: Reale Chance, im Bündnis mit der FDP Schröder abzulösen. Seite 40

## Europa und die Europäische Volkspartei

NEUERUNGEN UND NUTZEN FÜR UNS DEUTSCHE

### Das bringt uns die Europäische Union



SICHER IN DIE ZUKUNFT  
**CDU**

- **Das bringt uns die Europäische Union.** Neuerungen und Nutzen für uns Deutsche.

Bestell-Nr.: 5752

Verpackungseinheit:

25 Expl.

Preis je Einheit:

15,90 DM

FAKTEN UND ARGUMENTE ZUR EUROPAPOLITIK

### Europa in Stichworten



SICHER IN DIE ZUKUNFT  
**CDU**

- **Europa in Stichworten.** Fakten und Argumente zur Europapolitik.

Bestell-Nr.: 5736

Verpackungseinheit:

25 Expl.

Preis je Einheit:

29,90 DM

AKTIONSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI (EVP)



### Wir gestalten das neue Europa



SICHER IN DIE ZUKUNFT  
**CDU**

- **Wir gestalten das neue Europa.** Aktionsprogramm der Europäischen Volkspartei (EVP).

Bestell-Nr.: 3792

Verpackungseinheit:

25 Expl.

Preis je Einheit:

24,- DM

### Fortsetzung von Seite 1

1957 zu Recht ausführte, für Europa „wahrscheinlich die letzte Chance des Überlebens, die letzte Möglichkeit der Sicherung unseres freiheitlichen Daseins, unseres wirtschaftlichen Gedeihens und unseres sozialen Fortschritts“.

Für uns Deutsche bedeutete die Gründung der Europäischen Gemeinschaften zugleich die historische Chance, als gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Staatenfamilie die Einigung unseres Kontinents mitzugestalten.

Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahre 1957 begann eine einzigartige Erfolgsgeschichte, die in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend dazu beigetragen hat, Frieden, Freiheit,

Wohlstand und soziale Sicherheit in allen Ländern, die am Einigungsprozeß teilnehmen konnten, zu sichern. Zugleich ist das Konzept der europäischen Integration zu einem Modell und zu einem Anziehungspunkt für alle diejenigen in Europa geworden, denen die Mitwirkung zunächst verwehrt blieb, aber auch für andere Regionen in der Welt.

Das Europa der Römischen Verträge ist zusammen mit der Atlantischen Allianz in den vergangenen vierzig Jahren zu einem entscheidenden Element bei der Sicherung des Friedens und der endgültigen Überwindung der Spaltung unseres Kontinents geworden. Ohne eine konsequente Politik der europäischen Einigung wäre die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden

und Freiheit und mit der Zustimmung aller unserer Nachbarn und Partner nicht möglich gewesen. Ohne die Römischen Verträge hätte Europa heute nicht die Chance, im 21. Jahrhundert ein Kontinent des Friedens und der Freiheit zu sein.

Die Politik der von mir geführten Bundesregierung steht fest in der Tradition der europäischen Einigung. Sie stellt sich ihrer Verantwortung für die zielstrebige Fortsetzung des Einigungswerks. Wir müssen Europa auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten. Deshalb wollen wir die europäische Integration im Rahmen der Regierungskonferenz weiter vertiefen, die Effizienz und demokratische Verankerung der Europäischen Union verbessern und deren Handlungsfähigkeit insbesondere im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität erhöhen. Für mich ist dabei selbstverständlich: Das Europa der Zukunft wird kein zentralisierter Einheitsstaat sein, es wird auf dem Prinzip der Subsidiarität aufbauen, nationale und regionale Traditionen achten und die kulturelle Vielfalt fördern.

### **Unvollständig ohne eine gemeinsame Währung**

Diese starke Europäische Union, die wir wollen, wäre unvollständig ohne eine stabile gemeinsame Währung. Deshalb wollen wir den EURO – und zwar gemäß den bestehenden Vereinbarungen, – das heißt bei strikter Einhaltung der Stabilitätskriterien und des Zeitplans des Maastrichter Vertrags.

Die Europäische Union wird auch künftig kein exklusiver Klub sein; sie darf – nicht zuletzt auch in deutschem Interesse – nicht an Oder und Neißة enden! Deshalb wollen wir neben der Vertiefung auch die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten und Südosten: Prag, Krakau und Budapest – um nur einige Städte zu nennen – verkörpern ebenso europäische Kultur und europäischen Charakter wie beispielsweise Rom, Amsterdam, Paris oder Berlin.

### **Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand**

Ohne die Erweiterung nach Osten und Südosten bliebe die Europäische Union ein Torso. Nicht zuletzt deshalb ist ein erfolgreicher Abschluß der Regierungskonferenz noch im ersten Halbjahr 1997 so wichtig: Wir brauchen eine starke und handlungsfähige Europäische Union, damit wir die ersten Staaten aus Mittel- und Südosteuropa, die dazu in der Lage sind, möglichst bald als neue Mitglieder aufnehmen können.

Zur Politik der europäischen Einigung gibt es keine verantwortbare Alternative. Wer einem Rückfall in Nationalismus, den Gefahren machtpolitischer Rivalitäten und unheilvollen Konflikten vorbeugen will, wer Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für alle Bürger unseres Kontinents auf Dauer sichern will, der wird für das geeinte Europa eintreten. In diesem Sinne sind uns die Römischen Verträge auch heute unverändert Verpflichtung und Ansporn zu mutigen und wegweisenden Entscheidungen.

# Europäische Währungsunion – politisch und wirtschaftlich notwendig

**Mit Erreichen des Jahres 2000 in weniger als drei Jahren eröffnet sich uns das dritte Jahrtausend nach Christus. Das zu Ende gehende Jahrhundert hat Deutschland, Europa und die Welt mit zwei Weltkriegen verdunkelt, deren Dimension des Schreckens, des Leidens und der Not alles vorherige menschliche Begreifen und Vorausschauen übertraf.**

Und dennoch: Die zweite Jahrhunderthälfte hat zumindest Deutschland und dem westlichen Teil Europas Entwicklungen des Friedens, der Demokratie und des Wohlstandes ermöglicht, wie sie so 1945 sicher erträumt, aber nicht für möglich gehalten wurden. Die friedliche Revolution in den Jahren 1989/90 in der Mitte und im Osten Europas hat unseren Kontinent und die Welt verändert. Das zwanzigste Jahrhundert ist, wie kaum ein anderes, ein Beispiel für Licht und Schatten im Leben der Menschen und Völker. Menschenverachtender Totalitarismus des Nationalsozialismus und Kommunismus sind in Idee und Wirklichkeit gescheitert.

Freiheit, Demokratie und friedliches Zusammenleben der Völker haben an der Schwelle des Jahres 2000 auf unserem alten, sich immer wieder erneuernden europäischen Kontinent eine Chance. Die Idee der friedlichen Einigung Europas ist die Antwort auf die europäischen Bruderkriege nicht nur in diesem Jahrhundert, sondern auch davor. Die Reform der Europäischen Union mit ihren 15 Ländern und 370 Mill. Menschen auf der gegenwärtigen Regierungskonferenz, die Einführung einer stabilen europäischen

Währung, die Finanzreform sowie die Erweiterung der Europäischen Union um Länder Mitteleuropas sind Zukunftsaufgaben, deren Bewältigung über den Frieden, die Sicherheit und das Wohlergehen auf unserem Kontinent im 21. Jahrhundert entscheidet.

Die Nichtbewältigung einer dieser Aufgaben könnte das gesamte europäische Einigungswerk gefährden. Von historischer Bedeutung ist die Europäische Wirtschafts-

**Von Hans-Gert Pöttering,  
stellvertretender Vorsitzender  
der EVP-Fraktion im  
Europäischen Parlament**

und Währungsunion. Nach dem Vertrag von Maastricht soll zum 1. Januar 1999 die Währungsunion für die Staaten der Europäischen Union entstehen, die die strengen Stabilitätskriterien erfüllen (geringe Inflation, begrenzte Verschuldung der öffentlichen Haushalte, niedrige Zinsen, stabile Wechselkurse). Die Entscheidung über den Beginn der Währungsunion wird in der ersten Jahreshälfte 1998 auf der Grundlage der Erfüllung der Stabilitätskriterien im Jahre 1997 getroffen. Dabei kommt es auf die vertragsgemäße Beurteilung der Kriterienerfüllung in den Mitgliedsländern der Europäischen Union an.

Die Wirtschafts- und Währungsunion ist politisch und wirtschaftlich notwendig. Sie entspricht der Logik der europäischen Einigungspolitik, ist die notwendige Er-

gängerung des Europäischen Binnenmarktes und sichert die Rolle Europas im weltweiten Wettbewerb (Globalisierung). Die Währungsunion ist keine Währungsreform, wie sie Deutschland in diesem Jahrhundert zweimal erlebt hat. Es gibt also keine Abwertung. Preise, Renten, Pensionen usw. bleiben stabil. Vielmehr werden die Wechselkurse der an der gemeinsamen europäischen Währung beteiligten Währungen im Verhältnis zueinander endgültig festgesetzt.

### Jetzt schon eine Erfolgsstory

Das Projekt der europäischen Währungsunion ist schon jetzt eine Erfolgsstory. Die Währungsunion entfaltet bereits heute Stabilitätswirkungen, da sich mittlerweile alle EU-Staaten bemühen, die im Vertrag von Maastricht niedergelegten Grundsätze der Stabilität zu erfüllen. So ist die gegenwärtige Inflationsrate in Italien geringer als in der Bundesrepublik Deutschland in den 70er Jahren. Um Europas Rolle im globalisierenden Wettbewerb zu garantieren, wäre eine Stabilitätspolitik der europäischen Staaten auch ohne Maastricht notwendig. Mit dem Vertrag von Maastricht ist sie um so dringlicher. Es entspricht dem Interesse aller Länder der Europäischen Union, der Währungsunion anzugehören.

Die europäische Währung ist die notwendige Konsequenz des Europäischen Binnenmarktes mit einem freien Austausch von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital von Frankfurt a. d. Oder bis nach Lissabon, von Aberdeen in Schottland bis zur Insel Kreta. Eine Europäische Währung ist vor allem im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Der Europäische Binnenmarkt nimmt ca. 60 bis 70% der deutschen Exporte auf. Abwertungen in anderen EU-Ländern führen zu einer Verteuerung der deutschen Exporte. Wenn Deutschland die teureren eigenen Produkte unseren Nachbarn nicht verkaufen kann, kostet dieses deutsche Arbeits-

plätze. Deutschland hat also ein vorrangiges Interesse an einer gemeinsamen Währung und einer stabilen Währungszone, da unsere Nachbarn in der Europäischen Union die hauptsächlichlichen Kunden unserer Exporte sind. Eine europäische Währung stärkt darüber hinaus die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas, sie macht die Länder der Europäischen Union unabhängiger von den immer wiederkehrenden Währungsturbulenzen um den amerikanischen Dollar.

Die unabhängige Europäische Zentralbank mit Sitz in Frankfurt wird einer stabilen Geldpolitik verpflichtet sein. Durch den vereinbarten Stabilitätspakt wird eine in allen Ländern der Europäischen Union gleichgerichtete Wirtschafts- und Haushaltspolitik für die Zukunft gesichert, um so gleiche Rahmenbedingungen für eine europäische Stabilitätsgemeinschaft zu gewährleisten.

### Zwei Seelen in einer Brust

Bundespräsident Roman Herzog hat in einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg darauf hingewiesen, daß in der Brust der meisten Menschen in Deutschland in bezug auf die Währungsunion zwei Seelen nebeneinander wohnen, „eine Verbraucherseele und eine Produzentenseele“. Verbraucher, die ihr Einkommen aus verzinslichen Ersparnissen beziehen, seien an einer festen oder gar überbewerteten Währung interessiert, „weil sie sich für eine solche Währung mehr kaufen können“.

Produzenten und Arbeitnehmer hingegen, die vom Export leben, neigten eher zu einer Präferenz für eine weiche oder gar unterbewertete Währung, „weil sie ihre Produkte im Ausland billiger macht und deswegen Absatz und Arbeitsplätze sichert“. Notwendig also ist, zwischen beiden Erwartungshaltungen einen vernünftigen Ausgleich zu finden.

Eine vorrangige politische Aufgabe für Gegenwart und Zukunft ist es daher, gegenüber den Menschen in der Europäischen Union, besonders in Deutschland, die Notwendigkeit einer europäischen Währung zu begründen und damit unberechtigte Sorgen und Ängste abzubauen. Dieser wichtigen Aufgabe müssen sich Politik und Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften, Banken und Sparkassen in verantwortlicher Weise annehmen. Alle Beteiligten müssen sich der schwierigen Aufgabe und der großen Verantwortung bewußt sein. Ein Scheitern der Wirtschafts- und Währungsunion hätte mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit dramatische Konsequenzen.

Bundespräsident Herzog hat es vor dem Europäischen Parlament so formuliert: „Beim Scheitern der Währungsunion drohen Abwertungswettläufe, Handelskriege, Protektionismus, Renationalisierung der Wirtschaftspolitik, Deflation, wenn nicht gar Depression. Das wäre ein Rückfall in die dreißiger Jahre.“

Die Europäische Währungsunion muß ein Erfolg werden. Es bleibt zu hoffen, daß die Parteien im Deutschen Bundestag, die dem Vertrag von Maastricht als der Grundlage für die Wirtschafts- und Währungsunion zugestimmt haben, konsequent an dem Ziel einer stabilitätsorientierten europäischen Währung festhalten und nicht aus parteipolitischem Kalkül des kurzfristigen Vorteils wegen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ihre Unterstützung entziehen.

Die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ist sowohl wirtschaftlich als auch währungs- und europapolitisch von historischem Rang. Die Entscheidungen, die darüber hinaus in der Europäischen Union getroffen werden müssen, (Regierungskonferenz, Finanzreform, Erweiterung) sind von großer Bedeutung für die Zukunft unseres Kontinents. Bundeskanzler Helmut Kohl ist zuzustimmen, wenn er immer wieder erklärt: „Die Einigung Europas ist im Kern eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert.“

## 80 Prozent der Führungskräfte rechnen mit pünktlichem Start des EURO

**Deutschlands Führungskräfte glauben weiterhin an eine planmäßige Einführung des EURO. Entgegen Stimmen, die die Möglichkeit einer Verschiebung der Währungsunion ins Spiel bringen, rechnen über 80 Prozent aller Entscheider mit einem pünktlichen Start.**

Zudem planen viele Unternehmen, den EURO schon vor Abschaffung der D-Mark als Zahlungsmittel einzuführen. Dies ist das Ergebnis einer Führungskräftebefragung der Bad Homburger

Gemini Consulting, die die Unternehmensberatung im Auftrag des Hamburger „manager magazin“ durchführte. Befragt wurden leitende Mitarbeiter aus rund 100 Konzernen quer durch alle Branchen, so das Magazin in einer Vorabmeldung.

Wie das Magazin weiter schreibt, sehen über die Hälfte aller befragten Entscheider die Einführung des EURO positiv. Mit negativen Folgen für den eigenen Betrieb rechnen dagegen nur 13 Prozent der befragten Entscheider.

# 40 Jahre Römische Verträge – ein Erfolg für unser Land

**Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 hat der Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU folgenden Beschluß gefaßt:**

Durch die Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 begann eine 40jährige segensreiche Erfolgsgeschichte für unser Land und Europa. Was Konrad Adenauer konzipierte, nämlich über die europäische Einigung zur deutschen Einheit zu gelangen, konnte Helmut Kohl vollenden. Das sich immer enger zusammenschließende Westeuropa wurde für die Völker in Mittel- und Osteuropa zum wirksamen Magneten der Freiheit und des Wohlstands.

Vieles konnte seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vor 40 Jahren erreicht werden: die Schaffung der Zollunion, des Binnenmarktes und der Europäischen Union sowie die Erweiterungen um Großbritannien, Dänemark und Irland 1973, um Griechenland 1981, um Spanien und Portugal 1986, um die neuen Bundesländer 1990, und um Österreich, Schweden und Finnland 1995.

Noch ist die europäische Einigung nicht vollendet. Nur bei Vollendung der europäischen Einigung können wir Deutsche sicher sein, daß wir im 21. Jahrhundert in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben können.

## Die CDU strebt daher folgende Ziele an:

- Einen erfolgreichen Abschluß der Regierungskonferenz und eine rasche Ratifizierung ihrer Ergebnisse. Nur so können wir ein handlungsfähiges, demokratisch legitimes und bürgernahes Europa bauen.
- Die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion gemäß der Stabilitätskriterien und des Zeitplans des Maastrichter Vertrags. Nur so können wir die Chancen des Binnenmarkts voll ausschöpfen und im weltweiten Wettbewerb bestehen.
- Reformen der Gemeinsamen Agrar- und Regionalpolitik sowie des EU-Finanzierungssystems, um auch dadurch zum dauerhaften Frieden und zur Stabilisierung ganz Europas beizutragen.
- Die Europäische Union schrittweise um Staaten Mittel- und Osteuropas zu erweitern, denn wenn wir jetzt den Osten Europas nicht stabilisieren, wird der Westen Europas vom Osten her destabilisiert.

Die CDU steht von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl an der Spitze der europäischen Einigungsbewegung. Die 40 Jahre seit Unterzeichnung der Römischen Verträge zeigen, daß die europäische Einigung im Interesse aller Deutschen liegt. Auch wenn es in der Vergangenheit immer wieder Probleme und sogar Rückschläge gab, hat sich die CDU nicht beirren lassen, sondern mit Geduld und Zuversicht weiter am „Haus Europa“ gebaut. Die CDU bleibt auch in Zukunft ihrem Selbstverständnis als der deutschen Europapartei verpflichtet. ■

# Reform der Arbeitsförderung endgültig verabschiedet

**Der Deutsche Bundestag hat am 20. März den Einspruch des Bundesrates gegen das Gesetz zur Reform der Arbeitsförderung zurückgewiesen. Das Gesetz kann damit nach Verkündung im Bundesgesetzblatt in Kraft treten.**

Mit Rücksicht auf die umfangreichen Umstellungsarbeiten bei der Bundesanstalt für Arbeit tritt die grundlegende Reform erst zum 1. Januar 1998 in Kraft. Einige neue arbeitsmarktpolitische Instrumente sowie Neuerungen im Bereich des bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums und im Leistungsrecht der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe greifen jedoch bereits ab 1. April 1997.

**Dazu erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:** „Die Instrumente der Arbeitsförderung werden stärker auf eine gestalterische, aktive Arbeitsvermittlung hin orientiert. Um Effizienz und Kreativität zu steigern, werden Entscheidungskompetenz und Verantwortung nach unten zu den Arbeitsämtern vor Ort verlagert. Mehr Dynamik, mehr Effizienz und mehr Sparsamkeit in der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsmarktpolitik – das sind die Ziele dieser Reform.“

Dazu wird das Arbeitsförderungsgesetz, das durch zahlreiche Novellen und punktuelle Veränderungen unübersichtlich und kaum noch lesbar geworden war, völlig neu geschrieben. Das Recht der Arbeitslosenversicherung wird damit als letzter Zweig unseres sozialen Sicherungssystems kodifiziert und in das Sozialgesetzbuch eingegliedert.

Vorrangiges Ziel bleibt, die Chancen des

einzelnen Arbeitnehmers auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und ihm bei drohender oder eingetretener Arbeitslosigkeit die individuell erforderlichen Hilfen zu vermitteln. Damit dies gelingt, ist die Mitwirkung der Betriebe und Unternehmen, aber auch des einzelnen Betroffenen Arbeitnehmers notwendig.“

Mit dem Arbeitsförderungsreformgesetz können zum 1. April 1997 vor allem folgende Verbesserungen wirksam werden:

## **Neue Instrumente:**

Trainingsmaßnahmen für Arbeitslose zur Verbesserung der Eingliederungsaussich-

**Norbert Blüm: Ziel ist es,  
die Chancen des einzelnen  
auf dem Arbeitsmarkt  
zu verbessern.**

ten; neuartiger Eingliederungsvertrag für Langzeitarbeitslose mit Übernahme der Kosten des Arbeitgebers für Entgeltfortzahlung trotz Nichtleistung der Arbeit; Einstellungszuschuß bei Neugründungen für höchstens zwei Arbeitslose gleichzeitig und für jeweils längstens ein Jahr in den ersten drei Jahren seit Neugründung.

## **Verbesserung von Instrumenten:**

Neuorientierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf den 1. Arbeitsmarkt (Praktika, Vorrang der Vergabe an Unternehmen) sowie erleichterte Zuweisung für junge Menschen ohne Berufsausbildung.



Behinderte und notwendiges Anleitungs- und Betreuungspersonal und in den neuen Ländern Möglichkeit zur Erhöhung des Zuschusses auf 100 Prozent in den Jahren 1997 und 1998 bei Absenkung der Arbeitszeit auf mindestens 90 Prozent der üblichen Arbeitszeit; Erweiterung der produktiven Arbeitsförderung nach § 249h AFG in den neuen Ländern auf die Förderfelder „Verbesserung des Wohnumfeldes“ und „städtebauliche Erneuerung“ sowie auf Einstellungen in der gewerblichen Wirtschaft für höchstens 10 Arbeitnehmer.

### **Notwendigkeit:**

Durch die Reform kann das für die Arbeitsmarktpolitik bereitgestellte Geld (in diesem Jahr rund 37 Mrd. DM) wirksamer eingesetzt werden. Insbesondere in den neuen Ländern kann die Verbesserung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der produktiven Arbeitsförderung zu höheren

Teilnehmerzahlen führen. In den alten Ländern können 14 Arbeitsämter in Problemregionen wieder in die Höherförderung einbezogen werden, die wegen der Blockade des Bundesrates und des damit verbundenen Wegfalls der Berechnung getrennter Arbeitslosenquoten aus der Höherförderung herausgefallen sind.

### **Übergangsregelungen:**

Zum 1. April 1997 sind die Übergangsregelungen zur Erhöhung der Altersgrenzen um drei Jahre für die längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld nach vollendetem 42. Lebensjahr sowie für die künftig einheitliche Anrechnung von Abfindungen auf das Arbeitslosengeld in Kraft getreten: Für bereits Arbeitslose sowie künftige Arbeitslose, die vor dem 1. April 1997 12 Monate beschäftigt waren und bis April 1999 arbeitslos werden, bleibt es beim bisherigen Recht.

## **Rentenreform '99 bringt Verbesserungen für Frauen**

**Anlässlich des Beschlusses des Bundesausschusses der CDU Deutschlands zur Rentenreform '99 erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann:**

Ich begrüße den Beschluß des Bundesausschusses der CDU Deutschlands zur Rentenreform '99. Für uns Frauen war es von elementarer Bedeutung, daß die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung künftig auf der Basis von 100 Prozent des Durchschnittsentgeltes erfolgt. Dadurch kommt die Gleichwertigkeit von Kindererziehung und Erwerbstätigkeit endlich auch bei der

Rente tatsächlich zum Ausdruck. Die seit langem geforderte additive Anrechnung von Kindererziehungszeiten und betragbelegten Zeiten wird ebenfalls die Rente vieler Frauen zusätzlich verbessern.

Zu begrüßen ist ebenfalls, daß Personen, die neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einer geringfügigen Nebenbeschäftigung nachgehen, in die Sozialversicherungspflicht einbezogen werden und daß dem Mißbrauch geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse entgegenwirkt werden soll. Beides waren ebenfalls langjährige Forderungen vor allem von Frauen.

# Ein wichtiges Signal für Konjunktur und Arbeitsmarkt

**Zu der Verabschiedung eines 25-Milliarden-Mark-Programms erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Jürgen Doss:**

Das vom Bundeskabinett beschlossene 25-Milliarden-Mark-Paket ist ein wichtiges Signal für Konjunktur, Arbeitsmarkt und private Initiative, das den Etat des Bundes nicht belastet und damit auch das Ziel der Qualifizierung der Bundesrepublik für den EURO nicht gefährdet. Der Bund geht angesichts knapper Haushaltsmittel den richtigen Weg der Mobilisierung privaten Kapitals für öffentliche Aufgaben.

Die Unterstützung von Existenzgründern und jungen mittelständischen Unternehmen durch zinsverbilligte Kredite und Sicherungsfonds ist ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Schließung der Unternehmerlücke in Deutschland. Mit dem neu geschaffenen Haftungsfonds wird zudem eine gute Voraussetzung zur Mobilisierung privaten Risikokapitals geschaffen. Der Beteiligungsfonds Ost trägt daneben den besonderen Problemen der noch jungen kleinen und mittleren Betriebe in den neuen Ländern Rechnung, die häufig mit einer äußerst knappen Eigenkapitaldecke zu kämpfen haben. Die Initiative des Bundes zur Unterstützung von Existenzgründern und jungen Unternehmen sollte für die Banken Anlaß sein, bei der Kreditvergabe für diesen Kreis in Zukunft selbst mutiger zu sein.

Direkte Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Konjunktur sind von der Aufstockung des Modernisierungs- und CO<sub>2</sub>-Programms der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erwarten. Gerade Modernisierungen sind eine klassische Domäne der klei-

nen und mittleren Bauunternehmen, die auch das Gros der Arbeitsplätze in dieser Branche stellen.

Ähnliches gilt für das CO<sub>2</sub>-Programm, das mit seinen zusätzlichen zwei Milliarden DM nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch zur Entlastung des Arbeitsmarktes leisten wird. Es kann davon ausgegangen werden, daß die Aufstockung des CO<sub>2</sub>-Programms zusätzliche Investitionen von insgesamt vier Milliarden DM auslösen wird, was etwa 40.000 bis 50.000 Arbeitsplätzen entspricht.

Ein in jeder Hinsicht wichtiges und notwendiges Signal ist die private Vorfinanzierung von öffentlichen Bauvorhaben mit einem Volumen von insgesamt fünf Milliarden DM. Dieses kann jedoch lediglich ein Anfang sein. Nicht nur der Bund, sondern auch Länder und Kommunen sollten für die Zukunft konsequent den Weg der Mobilisierung privaten Kapitals für öffentliche Infrastrukturvorhaben von Straßen und Schienenwegen bis hin zu Kläranlagen sowie für öffentliche Hochbauten verbreitern. Auf diese Weise kann verhindert werden, daß der weiter notwendige öffentliche Sparkurs zu Lasten der wirtschaftlichen Entwicklung geht.

Die immer wieder zu hörende Kritik, die private Vorfinanzierung öffentlicher Bauvorhaben werde unter dem Strich teurer als öffentliche Direktinvestitionen, geht ins Leere. Wer ausschließlich die direkten Kosten öffentlicher Investitionen und privater Vorfinanzierung vergleicht, springt zu kurz. Weitere Arbeitsplatzverluste etwa in der Bauwirtschaft belasten nämlich zusätzlich die ohnehin schon überlasteten sozialen Sicherungssysteme.

# Konzept zur Verstetigung beschäftigungsfördernder Investitionen

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Ausgleichsbank werden zur Verstetigung beschäftigungsfördernder Investitionen und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein Maßnahmenpaket im Umfang von ca. 20 Mrd. DM durchführen.

Ziel der Maßnahmen ist die Stärkung der Investitions- und Wachstumsdynamik, die Entlastung des Arbeitsmarktes und die Unterstützung der Bauwirtschaft. Durch das Konzept werden Investitionen in die Infrastruktur, die Wohnungswirtschaft und in mittelständischen Unternehmen sowie die Wagniskapitalausstattung für kleine und mittlere Unternehmen gefördert, die überwiegend noch 1997 beschäftigungswirksam werden.

Im einzelnen sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

## **KfW-Infrastrukturprogramm: 4 Mrd. DM**

Zur Finanzierung kommunaler Investitionen in 1997 wird für die alten Bundesländer ein Kreditvolumen von insgesamt 4 Mrd. DM mit einer Zinsverbilligung um einen Prozentpunkt angeboten. Für die Gemeinden entsteht ein wesentlicher Anreiz zur beschleunigten Durchführung kommunaler Investitionsvorhaben.

Ergänzt wird die Maßnahme um den bereits vorgesehenen Plafond mit noch günstigeren Sonderkonditionen von insgesamt 3 Mrd. DM für die neuen Bundesländer.

## **KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm: 3 Mrd. DM**

Um dem besonders hohen Sanierungsbedarf von industriell gefertigten Wohngebäuden in den neuen Ländern Rechnung zu tragen, stellt die KfW im Rahmen des bestehenden Programms, das bereits eine Zinsverbilligung um bis zu 2 Prozentpunkte aus Haushaltsmitteln des Bundes vorsieht, für 1997 ein Kreditvolumen von 3 Mrd. DM zu einem Zinssatz von z. Z. 3,75 v. H. zur Verfügung, um die Durchführung von Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen bei Plattenbauten vorzuziehen und auszuweiten. Die Zinsverbilligung aus Eigenmitteln der KfW macht 1 Prozentpunkt aus.

## **KfW-Programm zur CO<sub>2</sub>-Minderung: 2 Mrd. DM**

Das bestehende Programm zur Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Wärmedämmung sowie zur Umstellung veralteter Heizungen wird um 2 Mrd. DM zu einem Zinssatz von derzeit 5 v. H. (Zinsverbilligung 2 v. H.-Punkte) aufgestockt. Seine Verwendungsmöglichkeiten werden verbreitert.

## **KfW-Programm zur Wohneigentumsförderung für junge Familien: 2 Mrd. DM**

Um den Bau oder Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums zu fördern, werden jungen Familien nachrangig zu besichernde, über den Beleihungsspielraum der Banken

hinausgehende Kredite zu Sonderkonditionen (Zinsverbilligung 0,5 v.H.-Punkte) angeboten. Die KfW stellt hierfür ein Kreditvolumen von 2 Mrd. DM zur Verfügung.

### **DtA-Kreditprogramm: Investitionen zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen: 2 Mrd. DM**

Junge, wachsende mittelständische Unternehmen können 1997 für Investitionen, die der Schaffung zusätzlicher und der Sicherung bestehender, insbesondere auf Dauer angelegter Arbeitsplätze dienen, zinsgünstige Darlehen im Rahmen des DtA-Existenzgründungs-Programms erhalten. Die DtA stellt hierfür ein zusätzliches Kreditvolumen von 2 Mrd. DM zur Verfügung.

### **DtA-Haftungsfonds für wachstumsstarke junge Unternehmen: 500 Mio. DM**

In Ergänzung zum Eigenkapitalhilfe-Programm wird die DtA einen Haftungsfonds für junge wachstumsstarke Unternehmen auflegen, durch den die Mobilisierung privaten Risikokapitals gefördert, der Gang zur Börse erleichtert und eine ausreichende Haftkapitalbasis junger Unternehmen gesichert werden wird. Vorbild ist das in der Innovationsförderung bewährte Co-Investment-Modell.

### **Finanzierung immaterieller Investitionen: 3 Mrd. DM**

Um der zunehmenden Bedeutung von Humankapital und Qualifizierung Rechnung zu tragen, wird die DtA im Rahmen ihres Existenzgründungsprogramms zukünftig auch günstige Darlehen zur Finanzierung immaterieller Investitionen wie Qualifizierung, Weiterbildung, Markterschließung und Auftragsvorfinanzierung anbieten. Die DtA sieht hierfür ein Kreditvolumen von 1 Mrd. DM vor. Für bestehende Unterneh-

men bietet sich wie bisher die gleiche Möglichkeit auch im M-Programm der KfW an. Die Betriebsmittel- bzw. Liquiditätshilfekredite von DtA bzw. KfW werden jeweils um 1 Mrd. DM aufgestockt.

### **DtA: 40%ige Haftungsfreistellung im Westen: 1 Mrd. DM**

Existenzgründern und jungen Unternehmen im Westen, die nicht im erforderlichen Umfang über bankübliche Sicherheiten verfügen, wird die DtA künftig in den Existenzgründungsprogrammen eine teilweise Haftungsfreistellung anbieten.

### **ERP-Kredite: 1 Mrd. DM**

Das ERP-Aufbauprogramm (Ost) wird um 1 Mrd. DM aufgestockt, und die Vergabekonditionen werden verbessert (Erhöhung des Finanzierungsanteils von 50 auf 75%, die Möglichkeit der Überschreitung des Höchstbetrages von 2 Mio. DM wird eingeräumt und die Antragstellung unter bestimmten Bedingungen auch größeren Unternehmen ermöglicht).

### **Beteiligungsfonds Ost: 2 Mrd. DM**

Durch den Beteiligungsfonds Ost werden mittelständischen Unternehmen in den neuen Bundesländern günstige Beteiligungsfinanzierungen bzw. Mittel mit eigenkapitalähnlichem Charakter zur Verfügung gestellt.

KfW und DtA werden aus eigenen Mitteln eine Aufstockung um jeweils 1 Mrd. DM vornehmen.

### **Stärkere Einbeziehung von privatem Kapital in die Finanzierung von öffentlichen Investitionen**

Es sollen wirtschaftlich sinnvolle Möglichkeiten genutzt werden, um verstärkt privates Kapital für die Bewältigung von öffentlichen Infrastrukturaufgaben - z. B.

## Aus der Bildungsarbeit in Eichholz

Die jüngsten Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung in Deutschland geben zu Besorgnis Anlaß: Sie lassen nämlich auf zunehmende Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen schließen.

Zahlreiche Veranstaltungen im Bildungszentrum Schloß Eichholz haben diese Thematik zum Gegenstand. Darüber hinaus pflegt es jeweils darum zu gehen, sich im Gespräch mit Fachleuten über Möglichkeiten zur Reduzierung abweichenden Verhaltens zu verständigen.

Eine der nächsten hierzu anberaumten größeren Treffen, zu dem Interessierte im gesamten Bundesgebiet eingeladen sind:

Veranstaltung Nr. 77

### Kinder- und Jugendkriminalität: Herausforderung für Erziehung und Rechtsstaat

Eichholzer Forum

11. bis 12. April 1997

Hauptthemen:

- Elterliche Erziehung – die Familie als primäre Sozialisationsinstanz

- Wie sollten Eltern ihre Kinder erziehen? – Die Bedeutung der ersten Lebensjahre für die soziale Entwicklung.
- Die Erziehungsproblematik aus der Sicht der Jugendhilfe.
- Aktuelle Bedingungen schulischer Erziehung aus der Sicht eines Praktikers.
- Erziehung in Heimen und im Strafvollzug
- Das geplante neue Jugendstrafrecht

An den Fachgesprächen werden sich Rechtsexperten aus dem Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) sowie weitere Wissenschaftler und Praktiker aus den Bereichen Pädagogik, Psychologie und Kriminologie beteiligen.

#### Weitere Informationen / Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Bildungszentrum**

**Schloß Eichholz, Postfach 13 31**

**D-50387 Wesseling**

**Fax-Nr. (0 22 36) 7 07-2 30**

für Verkehrswege und öffentliche Hochbauten – zu gewinnen. Privates Anlagekapital steht zu niedrigen Zinsen im großen Umfang zur Verfügung. Die Bauwirtschaft ist bereit, mit selbst eingeworbenen Mitteln dort Infrastrukturinvestitionen durchzuführen, wo rein öffentlich getragene Projekte zunächst noch zurückgestellt werden müßten.

Mit dem Einsatz privater Finanzierungsmodelle (z. B. bestimmte Arten des Leasing, Betreibermodelle) könnten Investi-

tionengpässe begrenzt werden. Die zusätzliche Investitionsnachfrage hilft zugleich der Bauindustrie, ihre Kapazitäten gleichmäßiger auszulasten und so die Beschäftigung zu stabilisieren.

Ziel ist es, neue Wege befristet und mit einem klar definierten Volumen bis zu 5 Mrd. DM zu erproben. Selbstverständlich ist bei allen Finanzierungs-Modellen die Wirtschaftlichkeit – unter Einbeziehung der positiven gesamtwirtschaftlichen Effekte – zu prüfen. ■

# Vorrang für Beschäftigung

## Neue Initiativen für den Aufbau Ost

**In den zurückliegenden Jahren hat der Aufbauprozess in den neuen Ländern außerordentliche Fortschritte gemacht. Die neuen Länder verfügen inzwischen auf vielen Gebieten über eine modernere Infrastruktur als die westdeutschen Länder, beispielsweise wurde die dortige Telekommunikation vollständig digitalisiert. Industrie und Dienstleistungen wachsen nach dem starken Aufwärtstrend der Anfangszeit derzeit immer noch mit Wachstumsraten deutlich über 5 Prozent. Die Exportanteile ostdeutscher Unternehmen nehmen weiter zu.**

Dennoch befindet sich die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern derzeit in einer schwierigen Phase. Die registrierte Arbeitslosigkeit hat sich im Januar in Ostdeutschland auf knapp 18,7 Prozent (Alte Länder: 10,6 Prozent) erhöht. Mit 2 Prozent lag die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate in den neuen Ländern nur noch geringfügig über der westdeutschen Wachstumsrate. Der Aufbauprozess hat sich damit im Vergleich zu den Vorjahren deutlich abgeschwächt. Eine Besserung ist auch für 1997 nicht in Sicht.

Insbesondere die Bauwirtschaft verliert nach dem Bauboom der Anfangszeit an Zugkraft. Dies erklärt sich mit dem Anpassungsprozess an die alten Bundesländer und ist Ausdruck einer gewissen Normalisierung in dieser Branche. Der Aufschwung muß aber aufgrund dieser Entwicklung zunehmend von anderen Wirtschaftszweigen getragen werden. Trotz weiterhin hoher Wachstumsraten im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich hat auch hier die Entwicklung an Dynamik verloren.

Weiterführende Maßnahmen sind dringend erforderlich. Für die künftige Entwicklung in den neuen Ländern ist das Verhalten aller wirtschaftlichen Akteure – Politik in Bund und Ländern, Unternehmer, Gewerkschaften – in den nächsten Jahren ganz entscheidend. Um den wirtschaftlichen Aufholprozess wieder zu be-

### Beschluß des Geschäftsführenden Vorstands der CDU/CSU-Bundestags- fraktion anlässlich seiner Klausurtagung in Berlin am 16./17. März

schleunigen, müssen alle stärker als bisher an einem Strang ziehen.

Wir halten folgende zehn Punkte für vor-  
dringlich:

#### 1. Förderung der Innovationstätigkeit

Innovationen entscheiden über die Zukunftsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Eine auch regional ausgewogene Verteilung von FuE-Kapazitäten ist eine der Grundvoraussetzungen für eine gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. In den neuen Bundesländern besteht noch Nachholbedarf.

Bewährte Forschungsförderprogramme, die zum Teil an Personalkosten ansetzen, sollen daher fortgesetzt werden. Eine moderate Aufstockung geeigneter Programme ist zu prüfen.

Außerdem ist die Einführung einer Innovationszulage auf FuE-Personal geeignet, entscheidende Beiträge zur Aufarbeitung der in der ostdeutschen Industrieforschung entstandenen Defizite zu leisten. Der verstärkte Aufbau von „Know-how-Zentren“ und Informationsbörsen zur verbesserten Beurteilung von Unternehmensideen bei der Kapitalbeschaffung wird angeregt.

## **2. Eigenkapitalbasis stärken**

Die Mehrzahl der kleinen und mittleren Unternehmen in den neuen Ländern ist nicht ausreichend kapitalisiert. Die oftmals dünne Eigenkapitaldecke und die damit verbundene verminderte Finanzkraft der Unternehmen in den neuen Ländern schwächt deren Investitionsfähigkeit und verringert die Möglichkeiten zur Erschließung neuer Märkte.

Große Steuerreform und Gewerbesteuerreform sind unerläßliche Bestandteile einer Politik zur Stärkung der Eigenkapitalbasis von Unternehmen auch in den neuen Ländern.

Bestehende Eigenkapitalhilfe- und Existenzgründungsprogramme sind angesichts ihres bisherigen Erfolges und der bekannten Schwierigkeiten, private Kapitalgeber für junge, innovative Unternehmen zu finden, beizubehalten. Der Förderzeitraum ist auf fünf Jahre auszudehnen.

Trotz einer hohen gesamtwirtschaftlichen Ersparnis fällt auf, daß sich private Anleger mit ihrem Geldvermögen nur in sehr geringem Umfang am Produktivvermögen beteiligen. Eine neue Initiative zur Vermögensbildung muß den besonderen Bedingungen in den neuen Bundesländern Rechnung tragen.

Aufgrund der angespannten Eigenkapitalsituation weisen die Unternehmen in den neuen Ländern eine besondere Anfälligkeit gegen Zahlungsrückstände auf. Gesetzliche Regelungen sind daher mit dem

Ziel zu überprüfen, die Zahlungsmoral zu verbessern.

## **3. Neue Investitionsoffensive im Unternehmenssektor**

Nur über Investitionen ist eine Umkehr der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen und können dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen werden. Der langsamere Verlauf des Aufbauprozesses in den neuen Ländern macht eine Verlängerung der Investitionsförderungsmaßnahmen im Unternehmenssektor notwendig. Das von der Bundesregierung geplante "Konzept zur Verstetigung beschäftigungsfördernder Investitionen" ist daher ausdrücklich zu begrüßen.

Die bisherige Förderung über Sonderabschreibungen ist dabei durch eine Verbesserung der Investitionszulagen abzulösen. Investitionszuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe sind beizubehalten.

## **4. Verbesserung des Marktzugangs für ostdeutsche Güter**

In den neuen Ländern muß die Produktion erhöht werden. Dies muß vor allem über die Steigerung der Nachfrage nach ostdeutschen Gütern geschehen. Ostdeutsche Unternehmen müssen daher auch weiterhin angemessen an öffentlichen Aufträgen beteiligt werden. Aus diesem Grund ist der sogenannte Zubenennungserlaß beizubehalten. Mittel zur Inlands- und Auslandsmesseförderung sind verstärkt auf die Werbung für Produkte und Unternehmen aus den neuen Ländern auszurichten. Mittels Umschichtungen im Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums sind zusätzliche Mittel für den Wachstumsbereich Fremdenverkehr bereitzustellen. Die Vereinbarungen des Gesprächs zwischen großen deutschen Handelsunternehmen und Bundeskanzler Helmut Kohl vom 20. Februar 1997 zur Einkaufsoffensive ostdeutscher Produkte sind umgehend umzusetzen.

## **5. Neuorientierung der Förderpolitik**

Die Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern muß auch in den nächsten Jahren auf hohem Niveau beibehalten werden. Staatliche Maßnahmen sind besonders auf Schlüsselbereiche, wie verarbeitendes Gewerbe und industriennahe Dienstleistungen, zu konzentrieren. Die Förderpolitik ist grundsätzlich stärker zu bündeln. Das Förderinstrumentarium ist weiter zu vereinfachen und soll entsprechend der sich verbessernden wirtschaftlichen Lage stärker auf Gewährung von befristet zur Verfügung gestellten Finanzierungshilfen ohne enge Zweckbindung abgestellt werden.

## **6. Infrastrukturmaßnahmen vorantreiben**

Infrastrukturmaßnahmen verbessern die Voraussetzungen für private Investitionen und sind deshalb vorrangiges Ziel der Wirtschaftsförderung. Der Abbau vorhandener Defizite der kommunalen Infrastruktur hat Priorität. Angesichts der schwierigen Haushaltssituation der Gebietskörperschaften müssen die Möglichkeiten der Privatfinanzierung stärker genutzt werden. Hierzu sind vorrangig Betreiber- und Leasingmodelle heranzuziehen. Mit dem von der Bundesregierung geplanten „Konzept für Verstetigung beschäftigungsfördernder Investitionen“ wird ein wichtiger Beitrag zur verstärkten Privatfinanzierung von Infrastruktur geleistet.

## **7. Beschäftigungsorientierte Lohnpolitik**

Die Faustformel, wonach die Löhne so stark steigen sollten wie die Produktivität, hat nur bei Vollbeschäftigung Gültigkeit. In einer Situation mit hoher Arbeitslosigkeit und einer Entwicklung, in deren Verlauf die Löhne über längere Zeit stärker gestiegen sind als die Produktivität, muß eine andere

Regel gelten. In einer solchen Situation müssen Lohnabschlüsse unterhalb der Produktivitätssteigerung realisiert werden.

Der öffentliche Dienst soll nicht Lohnführer sein, sondern sich regionalen Gegebenheiten anpassen.

## **8. Reform des Flächentarifvertrags**

Derzeit besteht kein gesetzlicher, wohl aber tarifpolitischer Handlungsbedarf. Vor dem Hintergrund der besonderen Herausforderungen in den neuen Ländern kommt betrieblichen Tariföffnungsklauseln, die von Tarifvertragsparteien vereinbarten bestimmten Regeln und Voraussetzungen unterliegen, besondere Bedeutung zu. Aufgrund der hohen Flexibilität dieses Modells sind die Tarifvertragsparteien aufgefordert, verstärkt von der sogenannten Menülösung Gebrauch zu machen.

## **9. Effizienz der aktiven Arbeitsmarktpolitik erhöhen**

In der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen strukturelle Reformen vorgenommen werden, deren oberste Maxime die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ist. Wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben auch Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung auf Dauer nur eine Berechtigung, wenn sie die Chancen der Teilnehmer auf einen regulären Arbeitsplatz erhöhen. Lohnkostenzuschüsse müssen Vorrang vor AB-Maßnahmen haben. Deswegen ist schnellstmögliches Inkrafttreten der Reform des Arbeitsförderungsrechtes notwendig.

## **10. Deregulierung zur Verbesserung gesetzlicher Rahmenbedingungen für die Wirtschaft**

Eine Reform der rechtlichen Rahmenbedingungen kann vorhandene Kräfte freisetzen, indem durch Deregulierung, Ver-



## Steuerreformgesetz 1998: Wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung

### Zur Verabschiedung des Kabinettdesigns des Steuerreformgesetzes 1998 am 18. März erklärte der Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Das Bundeskabinett hat dem Entwurf des Steuerreformgesetzes 1998 zugestimmt. Dieser Gesetzentwurf setzt in einem ersten Reformschritt die Vorschläge der Steuerreformkommission um, die schon ab 1. Januar 1998 wirksam werden sollen. Im Mittelpunkt des Gesetzentwurfs stehen die Verminderung der ertragsteuerlichen Belastung für gewerbliche Einkünfte und die Rückführung des Solidaritätszuschlags.

Der Solidaritätszuschlag wird zum 1. Januar 1998 von 7,5 v. H. auf 5,5 v. H. und damit um mehr als ein Viertel gesenkt. Die Steuerzahler werden dadurch um 7,5 Mrd. DM netto entlastet. Dies wird die private Nachfrage stärken und den Investitionsspielraum der Unternehmen erhöhen.

Zur steuerlichen Entlastung der Unternehmen wird der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne von 45 v. H. auf 40 v. H., für ausgeschüttete

Gewinne von 30 v. H. auf 28 v. H., für ermäßigt besteuerte Gewinne von 42 v. H. auf 37 v. H., sowie der Einkommensteuersatz für gewerbliche Einkünfte von 47 v. H. auf 40 v. H. gesenkt. Die Verminderung dieser Steuersätze wird durch Maßnahmen im Bereich der Unternehmensbesteuerung aufkommensneutral gegenfinanziert.

Das Steuerreformgesetz 1998 wird die Wachstumskräfte stärken. Die Steuersätze sind im internationalen Vergleich ein wichtiger Standortfaktor. Der Standort Deutschland wird durch die umfangreichen Steuersenkungen auch für ausländische Investoren erheblich an Attraktivität gewinnen. Diese Strukturreform mit niedrigeren Steuersätzen und einer breiteren Bemessungsgrundlage wird bereits in diesem Jahr ihre positive Wirkung entfalten. Kein kluger Investor sollte es sich jetzt entgehen lassen, zu noch konkurrenzlos günstigen Abschreibungssätzen zu investieren und die Investitionsgewinne später zu niedrigen Steuersätzen zu versteuern.

waltungsvereinfachung und Entbürokratisierung private Initiativen auf dem Gebiet der Wirtschaft erleichtert und verbessert werden. Daher ist ein Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen, das die Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung in den neuen Bundesländern vorantreibt und so einen Beitrag zum Aufschwung der Wirtschaft leistet. Bei der Genehmigung von Vorhaben, die wirtschaftlichen Unternehmen dienen, sollten Experimentier- und Modellklauseln eingeführt werden;

insbesondere sind das Projektmanagement und das Auditverfahren, im Sinne einer Privatisierung bisher staatlich wahrgenommener Aufgaben, einzuführen.

Durch Öffnungs- und/oder Experimentierklauseln könnten Bundesgesetze für eine vereinfachende anderweitige Gesetzgebung der neuen Länder geöffnet werden. Auch könnten die neuen Länder für einen befristeten Zeitraum ermächtigt werden, durch Landesgesetze von Personal-, Sach- und Verfahrensstandards abzuweichen. ■

# Für Jahresarbeitszeit und Jahreseinkommen

**Bundesbauminister Klaus Töpfer hat gemeinsame Kraftanstrengungen zur Stabilisierung der Baukonjunktur gefordert. Dabei müsse die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft neu organisiert werden, um Investitionen anzustoßen und gleichzeitig den Sparkurs der öffentlichen Hand fortzusetzen.**

Damit reagierte Töpfer auf die jüngsten, pessimistischen Konjunkturprognosen des Baugewerbes, aber auch auf die berechtigten Sorgen der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau) um die Sicherheit der Arbeitsplätze. Der Handlungsbedarf in der Schlüsselbranche Bau sei unübersehbar.

Die großen Strukturprobleme und der Handlungsbedarf in der Schlüsselbranche Bau, in der jeder zehnte Arbeitnehmer beschäftigt sei, seien unübersehbar. So müsse sich die Branche mit der ausländischen Billiglohnkonkurrenz auseinandersetzen. Töpfer verwies in diesem Zusammenhang auf die Zuversicht des Baugewerbes, dieses Problem bei geeigneten Gegenmaßnahmen, wie Qualifizierung der Bauarbeiter, Kostenreduzierung und Verbesserung der betrieblichen Ablauforganisation, bewältigen zu können.

1996 seien die Bauinvestitionen in Deutschland um 2,7 Prozent auf rund 500 Milliarden Mark zurückgegangen. Auch für dieses Jahr müsse mit einem weiteren spürbaren Rückgang gerechnet werden. Durch die Bauschwäche werde der Arbeitsmarkt stark belastet. In der Baubranche seien zur Zeit mehr als 400.000 Bauarbeiter arbeitslos. An die eigene Adresse unterstrich Töpfer, daß allein mit der Einführung der Eigenheimzulage durch die Bundesregierung eine Stabilisierung der Nachfrage gelungen sei.

Die Zahl der Baugenehmigungen für Eigenheime sei stetig gestiegen. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres habe sich eine Beschleunigung des Anstiegs auf über 20 Prozent abgezeichnet. Dies sei um so wichtiger, weil im oberen Marktsegment des Mietwohnungsbaus eine Sättigung eingetreten sei, die sich bereits in sinkenden Neuvertragsmieten widerspiegele. Dadurch würden Investitionen zusätzlich erschwert.

Ganz anders als bei den Baugenehmigungen von Einfamilienhäusern sehe es im öffentlichen Bau aus. Der Rückgang der

## Bundesbauminister Klaus Töpfer: Nachfrage nach Bauleistungen muß belebt werden

Investitionen um 6,8 Prozent allein im vergangenen Jahr wirke konjunkturpolitisch eindeutig prozyklisch. Er müsse daher so schnell wie möglich gestoppt werden. Hier seien private Finanzierungsmodelle ein wichtiges Instrument, durch das Investitionen vorangebracht werden könnten, ohne daß öffentliche Haushalte zusätzlich belastet würden. Töpfer nannte als Beispiel Betreibermodelle, beispielsweise für Kläranlagen, bei denen ein privater Investor die Kläranlage baue und über die Gebühren der Bürger „bezahlt“ werde.

## Bis zu 30 Prozent niedrigere Baukosten

Die Erfahrungen der Länder belegten, daß bei privaten Finanzierungsmodellen bis zu 30 Prozent der Baukosten eingespart wer-

den könnten. Durch eine konsequente Privatisierung öffentlicher Bauleistungen könnten in den Bereichen öffentlicher Hochbau, Energieversorgung, Wasser und Abwasser sowie im Verkehrswesen Investitionsstaus in Milliardenhöhe aufgelöst, könnte der Druck auf den Arbeitsmarkt gemildert werden. Töpfer erinnerte daran, daß bereits ein Bauvolumen von einer Milliarde Mark mindestens 13.000 Arbeitsplätze sichere. Vor jeder Investitionsentscheidung der öffentlichen Hand sollte deswegen Wirtschaftlichkeitsvergleiche durchgeführt und geprüft werden, ob öffentlicher Eigenbau oder ein privates Finanzierungsmodell günstiger sei.

Wenn verstärkt öffentliche Bauleistungen privat finanziert würden, könnten trotz des richtigen Sparkurses der öffentlichen Hand Investitionen und Arbeitsplätze gesichert, öffentliche Infrastrukturen vorangebracht, könnte der gravierende Struktur Anpassungsprozeß in der Bauwirtschaft erleichtert werden. Gemeinsam mit dem Bundeswirtschafts- und dem Bundesverkehrsminister, den Verbänden der Bauwirtschaft und der IG Bau habe er vor wenigen Tagen beim 2. Branchendialog Bau

die Weichen für „mehr Privatisierung öffentlicher Bauvorhaben“ gestellt.

## Keine Rückkehr zum Schlechtwettergeld

Gefordert seien aber auch die Tarifpartner. Sie müßten in konstruktiven Verhandlungen alles daran setzen, akute Probleme dieser Schlüsselbranche zu lösen. Gemeinsam müßten Bauarbeitgeber und -nehmer Modelle für eine ganzjährige Beschäftigung am Bau erarbeiten. Das Überbrückungsgeld, das vor gut einem Jahr als Nachfolgeregelung für das Schlechtwettergeld eingeführt worden sei, habe seine Bewährungsprobe in der Praxis offenbar nicht bestanden. Es habe sich gezeigt, daß Mitarbeiter während der Wintermonate entlassen würden, um Kosten für das Überbrückungsgeld zu sparen. Dennoch könne es in einer Zeit, in der alles daran gesetzt werden müsse, die Lohnzusatzkosten zu senken, keine Rückkehr zum Schlechtwettergeld geben. Die Tarifparteien in der Bauwirtschaft müßten sich vielmehr auf die Einführung von Jahresarbeitszeit und Jahreseinkommen für Bauarbeiter verständigen.

## Neuer Bundesvorstand der RCDS

**Der Bochumer Jura-Student Oliver Nölken (24) ist neuer Bundesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Der bisherige Landesvorsitzende des RCDS Nordrhein-Westfalen wurde auf der 50. Bundesdelegiertenversammlung des Studentenverbandes Anfang März in Bogensee bei Berlin für ein Jahr gewählt.**

Zum neuen Stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Bundesschatzmeister wählten die Delegierten den 25jährigen BWL-Studenten Frank Kofack

(TU Berlin), bisher Landesschatzmeister des RCDS Berlin-Brandenburg.

Weiterer Stellvertretender Bundesvorsitzender wurde der 22jährige Jura-Student Christopher Wolf aus Mainz, der bislang Vorsitzender der dortigen RCDS-Gruppe und ASTA-Referent für internationale und überregionale Studentenbeziehungen war.

Die BDV verabschiedete außerdem einen umfangreichen Leitantrag zur Reform des Hochschulrahmengesetzes (HRG).

# Das deutsche Baugewerbe braucht eine zukunftsfähige Einigung

An den Vizepräsidenten  
des Zentralverbandes des  
Deutschen Baugewerbes  
Herrn Peter Huber  
Postfach 20 14 55  
53144 Bonn

An den Bundesvorsitzenden  
der IG Bau  
Herrn Klaus Wiesehügel  
Postfach 5 06 51  
60394 Frankfurt a.M.  
Tarifrunde 1997

*Sehr geehrter Herr Huber,  
sehr geehrter Herr Wiesehügel,*

die dramatisch zugespitzte Situation auf deutschen Großbaustellen im besonderen sowie im Bauhauptgewerbe und im Baugewerbe im allgemeinen gibt Ihnen bei den diesjährigen Tarifverhandlungen die Chance,

- scharfe Korrekturen vorzunehmen,
- Fehlentwicklungen tarifpolitischer Art zu korrigieren,
- die tarifpolitische Denkweise der 70er Jahre endlich aufzugeben, nachdem wir ein Europa der Freizügigkeit und ohne Eisernen Vorhang haben.

Sie müssen es nur wollen, mit der klaren Zielvorstellung, daß

**1.** die hochqualifizierten und hochproduktiven deutschen Bauarbeiter sich auf dem europäischen Arbeitsmarkt wieder behaupten können und nicht in die Arbeitslosigkeit abgedrängt werden und

**2.** die mittelständischen Baufirmen mit

deutscher Belegschaft im Wettbewerb wieder eine Chance bekommen gegen die Firmen, die überwiegend nur noch mit ausländischen Arbeitskräften oder Subunternehmern kalkulieren.

**Sorgen Sie dafür, daß das Jahresnettoeinkommen der deutschen Bauarbeiter um 5 Prozent steigt und die Arbeitskosten für deutsche Bauarbeiter um 20 Prozent sinken.**

Beenden Sie den unmöglichen Zustand, daß mittelständische Firmen, die Arbeitnehmer nach deutschem Steuer- und Sozialrecht beschäftigen, nur noch 45 Prozent

**Brief des Bundesvorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU an die Tarifpartner im Bauhauptgewerbe vom 18. 3. 1997**

des monatlichen Lohnes an ihre Mitarbeiter und 55 Prozent an soziale Kassen, die Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes, die Berufsgenossenschaft und das Finanzamt zahlen.

Wenn Sie es wollen, wird sich die Arbeitsmarktsituation deutscher Bauarbeiter schlagartig verbessern. Sie können das in den Tarifverhandlungen erreichen. Sie müssen es nur wollen und bereit sein, alte tradierte Vorstellungen über Bord zu werfen. Sie brauchen dazu nicht die Politik, im Gegenteil, die Politik gibt Ihnen genügend Möglichkeiten an die Hand, das Ziel von mehr Netto-Einkommen für die Arbeitnehmer bei gleichzeitig deutlich gesunkenen Arbeitskosten für die Firmen zu erreichen:

- Tariffreiheit
- 80 Prozent Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle
- steuerfreie, bzw. pauschalsteuerpflichtige Verpflegungsmehraufwendungen bei Einsatzwechselfätigkeit
- steuerfreier Zuschlag von DM 2,- auf Arbeitsstunden vom 15. Dezember bis 28. Februar
- Zahlung der Arbeitsverwaltung ab dem 20. Schlechtwettertag.

Wir brauchen keine in die Zeit des kalten Krieges rückwärts gewandte Schlechtwettergeldregelung, sondern vorausschauende Tarifpartner, die das deutsche Bauhauptgewerbe für das nächste Jahrtausend fit machen.

Das deutsche Baugewerbe braucht bei den Tarifverhandlungen 1997 keine schnelle Einigung nach alten Mustern, sondern eine zukunftsfähige Einigung, die aber in aller Konsequenz 25 Jahre Fehlentwicklung zu Lasten deutscher Bauarbeiter und Baufirmen mit deutscher Belegschaft korrigiert.

Die dramatisch zugespitzte Situation auf deutschen Großbaustellen verlangt allen Verantwortlichen äußerste Kompromißbereitschaft und ein Höchstmaß an Aufeinanderzugehen ab. Die Tarifpartner sind gefragt und gefordert. Darüber hinaus muß die Politik neben den bereits gewährten Instrumenten alles daran setzen, daß bei den anstehenden Reformen die Sozialversicherungsbeiträge wieder deutlich unter 40 Prozent sinken.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

**Peter Rauen MdB**  
**Bundvorsitzender der MIT**

## Das Trinkwasser in Deutschland ist außerordentlich gut

**Die Trinkwasserqualität in Deutschland ist nach den Worten von Bundesumweltministerin Angela Merkel außerordentlich gut. Sie habe sich in den letzten Jahren vor allem in den neuen Ländern deutlich verbessert.**

Diese Erfolgsbilanz dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Qualität des Grundwassers als Hauptquelle des Trinkwassers in ganz Deutschland zum Teil erheblich verschlechtert habe. Schadstoffe führten weiter zu erheblichen und sogar zunehmenden Belastungen des Grundwassers, betonte Angela Merkel zum internationalen „Tag des Wassers“.

Verantwortlich dafür seien Industrie, Verkehr und Landwirtschaft. Bereits rund ein Viertel aller Grundwasservorräte wiesen deutlich bis stark erhöhte Nitratgehalte auf. Die Belastungen hätten dazu geführt, daß mancherorts die Trinkwassergewinnung eingestellt werden mußte oder eine Versorgung nur noch mit hochtechnischer Aufbereitung möglich sei.

Dies bringe auch Gebührensteigerungen für die Bürger mit sich. „Vor allem jahrzehntelange schleichende Belastungen durch Nitrate, Pflanzenschutzmittel und Luftschadstoffe machen es den Wasserversorgern immer schwerer, die geforderte Trinkwasserqualität einzuhalten.“

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) verwies darauf, daß die Gewässerbelastung durch Schadstoffe vor allem bei den großen Flüssen in Deutschland gesunken sei. Dies sei auf den Neubau vieler Kläranlagen für industrielle und kommunale Abwasser zurückzuführen.

## Telearbeit im Mittelstand

# Rüttgers und May stellen innovatives Förderprogramm vor

**Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers hat am 10. März zusammen mit Herbert May, Vorstandsmitglied der Deutschen Telekom AG, ein neues Programm zur Förderung der Telearbeit im Mittelstand vorgestellt. Das Programm hat zum Ziel, in rund 500 kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) eine Vielzahl von Arbeitsplätzen einzurichten und zusätzliche Investitionen in moderne Informations- und Kommunikationstechnologien anzustoßen.**

**Jürgen Rüttgers:** „Mit dem Programm ‚Telearbeit für den Mittelstand‘ wollen wir erreichen, daß aus der vorsichtigen Freundschaft zwischen Multimedia und KMU eine dauerhafte Beziehung wird.“

Telearbeit ist eine der wichtigen wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten von Multimedia. Für das Jahr 2000 schätzt die EU in Deutschland ein Potential von rund 800.000 Telearbeitsplätzen. Heute gibt es 30.000 Telearbeitsplätze in Deutschland.

Bislang beträgt der Anteil der Telearbeitsplätze (in einer sehr weit gefaßten Abgrenzung) gemessen an allen Arbeitsplätzen in Deutschland lediglich 4,8 Prozent im Vergleich zu 7 Prozent in Frankreich, 7,4 Prozent in Großbritannien und 14 Prozent in den USA. Umfragen zeigen, daß rund 40 Prozent der Arbeitnehmer an Telearbeit interessiert sind. Aber nur 3 Prozent der deutschen Mittelständler sind heute mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten.

**Herbert May:** „Gerade in mittelständischen Unternehmen gibt es eine Vielzahl

von Einsatzbereichen für die Telearbeit. Entscheidend ist, daß die Telearbeitsmodelle exakt auf das jeweilige Umfeld eines Unternehmens zugeschnitten sind. Die maßgeschneiderte Anpassung gewährleisten wir auf der Basis des in vielen Projekten erworbenen Telearbeits-Know-how. Je eher mittelständische Unternehmen die Chancen der Telearbeit erkennen und nutzen, desto eher etablieren sie sich im immer härteren Wettbewerb auf einem der vorderen Plätze.“

Bundesforschungsministerium und Deutsche Telekom stellen je 10 Mio. DM bereit, rund 20 Mio. DM werden aus mittelständischen Firmen mobilisiert. Damit sollen rund 2.500 Telearbeitsplätze geschaffen werden.

Zu den Inhalten:

- In der auf 3 Monate befristeten Konzeptphase (Förderphase I) wird die Erstellung von maßgeschneiderten Konzepten zur Lösung der technischen, organisatorischen, qualifizierenden und rechtlichen Fragen in den Unternehmen gefördert. Hier können die Firmen bis zu 10.000 DM bei einer Förderquote von 50 Prozent erhalten. Die Firmen können sich externer Beratung bedienen, soweit sie die Konzepte nicht selbst erstellen können.

- In der Erprobungsphase (Förderphase II) werden Qualifikation, unternehmensspezifische Softwareanpassungen und Wartungsdienste, wie z. B. der Aufbau einer Hotline, gefördert. Dabei wird auch mit innovativen Projekten, z. B. im Bereich multimedialer Telereparaturansätze gerechnet. Die Förderung beträgt in der

## 2. Ausschreibungsrunde „Schulen ans Netz“

**Ende Februar haben Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers und Telekom-Chef Ron Sommer die zweite Ausschreibungsrunde „Schulen ans Netz“ gestartet. Das Echo ist überwältigend. Schon 7.000 Antragsunterlagen sind inzwischen versandt worden.**

Jetzt wurde die Antragsfrist um zwei Wochen auf den 16. April verlängert, um den Schulen aus allen Bundesländern trotz Osterferien eine faire Chance zu geben.

Erstmals setzt die Initiative für die Antragsstellung elektronische Formulare ein. Die für Windows/Windows 95 und Apple Macintosh erhältlichen Disketten zeichnen sich durch hohe Benutzerfreundlichkeit aus.

Darüber hinaus ist durch dieses Antragsverfahren gewährleistet, daß die Projektideen der Schulen von Anfang an im Netz abrufbar sein werden. Der Vorteil: Die Schulen werden dadurch in die Lage versetzt, Kontakt mit anderen Schulen aufzunehmen, die ähnliche Themen bearbeiten.

**Antragsfrist verlängert:  
Bewerbungen noch bis zum  
16. April möglich**

Bewerben können sich wie in der ersten Runde alle allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Die Antragsunterlagen sind unter der Hotline-Nummer (01 30) 74 24 24 kostenlos anzufordern.

Phase II bei einer Förderquote von 50 Prozent maximal 40.000 DM. Insgesamt beträgt der Förderhöchstbetrag für die Förderphasen I und II damit 50.000 DM pro Firma.

- Mittelstand im Sinne der Richtlinie sind Firmen mit weniger als 500 Beschäftigten und weniger als 100 Mio. DM Umsatz. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung werden die Ergebnisse der Maßnahme laufend der Öffentlichkeit vorgestellt.

- Vorgesehen sind außerdem die Förderung von sogenannten Telehäusern und eine arbeitnehmerorientierte Beratung zur Telearbeit.

### **Antragsfrist bis 16. Mai**

Über die Teilnahme an der Maßnahme entscheidet ein Wettbewerb. **Antragsfrist ist der 16. 5. 1997.** Bei der Auswahl un-

terstützt eine unabhängige Jury. Hauptauswahlkriterium wird sein: Die Zahl der neugeschaffenen Telearbeitsplätze, wobei die Gesamtmitarbeiterzahl, eine möglichst breite Branchenverteilung und die Originalität des Projekts zu berücksichtigen sind. Gefördert wird, wer möglichst viele Telearbeitsplätze schafft.

**Jürgen Rüttgers:** „Wir wollen mit der Maßnahme zu einer deutlichen Verbreitung von Telearbeit im Mittelstand beitragen. Wir wollen auch erreichen, daß der Einstieg des Mittelstandes in Netztechnologien und virtuelle Kooperationen zunimmt. Wenn es gelingt, eine Gründungs-offensive für Telearbeitsplätze im Mittelstand auszulösen, werden erhebliche Investitionen in Computer, Software, Modems und Drucker angeregt: Eine Größenordnung von mehreren hundert Mio. DM pro Jahr wird für möglich gehalten.“

# Lehrstellen '97 – Kräfte bündeln

**Auf der Pressekonferenz zum Start der Gemeinschaftsinitiative von Bundesregierung, Wirtschaft und Bundesanstalt für Arbeit „Ausbilden – wir machen mit!“ erklärte Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:**

Auch 1997 soll allen jungen Menschen in Deutschland, die sich für eine berufliche Ausbildung entscheiden, eine Lehrstelle angeboten werden. Das ist das klare Ziel der Bundesregierung. Konkret bedeutet das: Die Betriebe und Verwaltungen müssen 1997 rund 13.000 Lehrlinge mehr einstellen als 1996.

Auch in den Folgejahren muß das Lehrstellenangebot kontinuierlich um ein bis zwei Prozent pro Jahr wachsen. Denn die Zahl junger Leute, die einen Ausbildungsplatz suchen, wird in den nächsten zehn Jahren noch weiter zunehmen.

Damit das gelingen kann, starten wir die Gemeinschaftsinitiative, die wir heute vorstellen. – Hierzu liegt auch eine gemeinsame Erklärung von Bundesregierung, Verbänden und Bundesanstalt für Arbeit vor.

## Gemeinschaftsinitiative

**„Ausbilden – Wir machen mit!“**

Die Politik kann keine Lehrstellenversprechen geben, die letztlich andere, nämlich die Betriebe, einlösen müssen. Deshalb ist dies eine Initiative von Politik und Wirtschaft gemeinsam.

- Wir werden in einer konzertierten und massiven Aktion die Betriebe und Verwaltungen auffordern, verstärkt Lehrstellen anzubieten. Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt und ich werden mehr als 100.000 Unternehmen, Verwaltungen und kommunale Stellen persönlich anschreiben und auffordern, einen Beitrag für mehr Lehrstellen zu leisten.

- Betriebe und Verwaltungen, Tarifpartner und Gewerkschaften, Länder und Kommunen, Verbände und Initiativen, die sich für mehr Lehrstellen engagieren, laden wir ein, sich an der Gemeinschaftsinitiative zu beteiligen.

- Wir begrüßen, daß in einer Reihe von Ländern und Regionen bereits „Bündnisse für Ausbildung“ geschlossen wurden. – Solche gemeinsamen Aktionen muß es 1997 in allen Regionen geben, in denen Lehrstellendefizite drohen.

- Die Bundesregierung, die Wirtschaftsverbände und die Bundesanstalt für Arbeit halten es für besonders bedeutsam, daß die Tarifpartner wirksame Wege zu Erhöhung des Lehrstellenangebotes in ihre Tarifverhandlungen einbeziehen. – Meine Forderung dazu: Keine Tarifverhandlung mehr ohne das Thema Lehrstellen!

## Reformpolitik für mehr Lehrstellen

- Wir wollen die Lehrlingsausbildung als Zukunftsvorsorge für den Standort Deutschland und als Verpflichtung gegenüber der jungen Generation auch stärker im öffentlichen Bewußtsein verankern. Die Menschen müssen verstehen, daß Ausbildung und Renten zwei gleichwertige Seiten der Medaille „Zukunftssicherung“ sind: Ohne Berufsperspektive der Jungen keine Versorgungssicherheit der Älteren.

- Betriebe, die ausbilden, haben ein Image-Plus. Daß viele Unternehmen bereits erfolgreich damit werben, ist ihr gutes Recht. Wir wollen Ausbildungsbetriebe bei ihrer Image-Kampagne unterstützen. Deshalb steht das Symbol Aktion



„Ausbilden – Wir machen mit!“ allen Betrieben und Organisationen zur Verfügung, die sich für mehr Lehrstellen in Deutschland engagieren.

## Arbeitspensum der Bundesregierung

Die Grundvoraussetzungen für Ausbildung in Deutschland sind gut. Die Bundesregierung hat die Rahmenbedingungen seit 1995 durch zügig umgesetzte Reformen noch deutlich verbessert:

- Wir haben im April vergangenen Jahres die Ausbildereignungsverordnung geändert. Qualifizierte und berufserfahrene Fachkräfte und Betriebsinhaber können jetzt sofort ausbilden und müssen vorher nicht mehr zeitraubende und abschreckende Eignungsprüfungen durchlaufen.

- Wir haben Anfang dieses Jahres das Jugendarbeitsschutzgesetz novelliert. Damit haben wir erreicht, daß die rund 400.000 erwachsenen Lehrlinge nach der Berufsschule am Nachmittag wieder in den Ausbildungsbetrieb kommen können.

- Wir haben die Länder dazu gedrängt, die Berufsschulzeiten flexibler und betriebsfreundlicher zu organisieren. Niedersachsen hat als erstes Land ernst gemacht und den zweiten Berufsschultag für Lehrlinge ab dem zweiten Ausbildungsjahr praktisch abgeschafft. Was ist daraufhin passiert? Die Zahl der Ausbildungsverträge ist in Niedersachsen 1996 gegen den Trend um 1,1 Prozent gestiegen. Im alten Bundesgebiet ist die Zahl dagegen praktisch unverändert geblieben. Und in Nordrhein-Westfalen, wo es bislang keine vergleichbare Regelung gibt, ist die Zahl der Ausbildungsverträge in der gleichen Zeit sogar um 2,5 Prozent gesunken. Deshalb meine ich: Die Länder sind gut beraten, wenn sie unserer Empfehlung folgen und jetzt mit Nachdruck an Organisationsmodellen arbeiten, die den Betrieben zusätzliche Ausbildungszeit bringen.

- Bei den Ausbildungsberufen wurde 1995 der größte und schnellste Modernisierungsschub seit Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes 1969 in Gang gesetzt: Im Sommer 1997 werden wir in der kurzen Zeit der vergangenen zwei Jahre 26 völlig neue und über 50 modernisierte Berufsbilder geschaffen haben, davon allein 14 in diesem Jahr. Die vom ZVEI angekündigten Lehrstellenzahlen in ab 1997 neu geschaffenen Computerberufen übertreffen meine eigenen Erwartungen: 5.000 neue und topmoderne Lehrstellen schon im kommenden August und 25.000 bis zum Jahr 2000.

## Sondersituation neue Länder

Unsere Reformpolitik für mehr Lehrstellen und zur durchgreifenden Modernisierung der dualen Berufsausbildung für die Anforderungen der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft werden wir konsequent fortsetzen und noch verstärken.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen nach wie vor die neuen Länder. Dort hat sich der Einsatz von Lehrstellenentwicklern bei den Kammern hervorragend bewährt: 150 Lehrstellenentwickler haben 12.000 betriebliche Lehrstellen eingeworben. Effektiver kann man Ausbildungsplatzförderung nicht betreiben! – Deshalb will ich dieses erfolgreiche Sonderprogramm auch fortsetzen.

Oberstes Ziel für die berufliche Bildung in den neuen Ländern muß es sein, daß betriebliche Stellen neu entstehen. Der Anpassungsprozeß ist im engen Kontakt aller Beteiligten in Wirtschaft und Politik sorgfältig zu begleiten und im notwendigen Maße zu fördern. Die Bundesregierung bekennt sich zu ihrer Verantwortung auf dem Weg der neuen Länder von einer sozialistischen Zentralwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen Chancengerechtigkeit für die jungen Menschen in Ost und West. ■

# Die dritte Stufe der Gesundheitsreform steht

**Aus Anlaß der 2. und 3. Lesung zum 2. GKV-Neuordnungsgesetz am 20. März erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann:**

## ● Handlungsfähigkeit der Koalition

6 Monate nach der Ablehnung der ursprünglichen 3. Stufe der Gesundheitsreform durch den SPD-dominierten Bundesrat hat der Bundestag heute in 2. und 3. Lesung die zustimmungsfreie Neuauflage der Gesundheitsreform in der Gestalt der beiden GKV-Neuordnungsgesetze beschlossen. In Zeiten von fast 4,7 Millionen Arbeitslosen werden alle Gesetzgebungsvorhaben im Steuer- und Sozialrecht primär an einem Kriterium gemessen: Beinhalten sie Regelungen, die die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglichen? In Erfüllung dieses Kriteriums kann daher eine Gesundheitsreform nicht zur „Beglückung“ der Bevölkerung beitragen. Sie muß unpopuläre Regelungen enthalten, da sonst Probleme nicht gelöst, sondern nur verdrängt werden.

Erwartungsgemäß bezeichnet die SPD unsere Gesetze als „Bestrafungsaktion für Kranke“, „Einstieg in die Zwei-Klassen-Medizin“ usw. Ich nenne dies heuchlerisch, da die SPD zum einen selbst keine zielführenden Vorstellungen zur Lösung der Probleme in der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) und zum anderen mit ihrem Verhalten im Bundesrat im Jahr 1996 eine zustimmungsbedürftige Gesundheitsreform verhindert hat. Wer nur althergebrachte Vorschläge aus der dirigistischen Mottenkiste wiederholt (Li-

stenmedizin, Globalbudget, Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze und Einkaufsmodelle für Ärzte und Krankenhäuser), verschlechtert die medizinische Versorgung der Bevölkerung, benachteiligt Kranke und Behinderte und löst kein Finanzproblem.

Der Handlungsbedarf für eine Gesundheitsreform besteht ausschließlich in finanziellen Gründen. Dagegen braucht die Qualität der medizinischen Versorgung unserer Bevölkerung keinen Vergleich mit anderen Staaten zu scheuen. Wir müssen das Defizit des Jahres 1996 in Höhe von 6,3 Mrd. DM abbauen und gleichzeitig verhindern, daß weitere unausweichliche Beitragssatzanhebungen in vollem Umfang die Arbeitskosten belasten.

## ● Schwerpunkt der Reform

Was ist unser Reformziel? Es gilt, die Arbeitskosten zu entlasten und gleichzeitig das Spitzenniveau der gesetzlichen Versorgung aufrechtzuerhalten. Dieses Ziel können wir nach unserer Überzeugung nur mit den Mitteln der Stärkung der Selbstverwaltung und der Stärkung der Eigenverantwortung erreichen.

## Stärkung der Selbstverwaltung

Das erste Mittel, die Belastung der Arbeitskosten zu begrenzen, ist das 1. Neuordnungsgesetz. Der Koppelungsmechanismus des 1. NOG zwingt die Kassen erstmals ernsthaft, alle Wirtschaftlichkeitsreserven vor einer Beitragssatzanhebung zu erschließen und endlich im Interesse ihrer Versicherten mit den Leistungserbringern Verträge abzuschließen, die den finanziellen Möglichkeiten der Kassen

entsprechen. Selbstverwaltung heißt auch Übernahme von Verantwortung. Selbstverwaltung darf sich nicht nur auf „Schönwetterveranstaltungen“ beschränken, sondern bringt auch unangenehme Situationen mit sich. Wir stärken mit dem 1. NOG die Position der Kassen in den Verhandlungen mit den Leistungserbringern. Unter Berufung auf die Konsequenzen für ihre Versicherten bei einer Beitragssatzanhebung müssen andere Ergebnisse als bisher erzielt werden. Andererseits steht fest, daß dieser Koppelungsmechanismus sowie das sofortige Kündigungsrecht der Versicherten bei einer Beitragssatzanhebung die Krankenkassen wie noch nie unter Druck setzt. Das erklärt auch, warum Kassenfunktionäre mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln das 1. NOG bekämpfen.

Uns zeigt dieses Verhalten, daß wir den richtigen Ansatz gewählt haben. Es muß Schluß sein mit dem Ruf der Kassen an die Politik immer dann, wenn es unangenehm wird. In allen letzten Reformen hat immer der Gesetzgeber der Selbstverwaltung die einzelnen Schritte vorgegeben. Mit den beiden NOGen geben wir jetzt nur noch den Rahmen vor, den die Selbstverwaltung eigenverantwortlich mit allen Konsequenzen ausfüllen muß.

Der Koppelungsmechanismus bewirkt aber nicht nur das Ausschöpfen der Wirtschaftlichkeitsreserven, sondern sorgt auch dafür, daß Beitragssatzanhebungen, die trotz aller Sparbemühungen notwendig sind, nicht in vollem Umfang bei den Arbeitskosten abgeladen werden. Deutlich wird dies anhand eines Beispiels:

<b>Beitragssatz Kasse</b>	13,5 %		
<b>Einkommen</b>	4.500 DM		
<b>Anstieg um 0,6% auf</b>	14,1 %		
	<b>Kosten Arbeitgeber monatlich</b>	<b>Kosten Arbeitnehmer monatlich</b>	<b>Zusatzbelastung Kranke durch Inanspruchnahme</b>
Beitrag heute 13,5%	303,75 DM	303,75 DM	keine
Erhöhung um 0,6% auf 14,1%	317,25 DM	317,25 DM	keine
Mehrbelastung:	13,50 DM	13,50 DM	keine
nach dem 1. GKV-NOG ist wegen der parallelen Zuzahlungserhöhungen nur eine Beitragserhöhung um 0,4% auf 13,9% notwendig	312,75 DM	312,75 DM	
<b>Mehrbelastung:</b>	9,00 DM	9,00 DM	auf alle Zuzahlungen zusätzlich 4,00 DM bzw. 4 %

Eine Stärkung der Selbstverwaltung sehen wir auch in den Partnerschaftslösungen. Die nichtärztlichen Leistungserbringer (Heilmittel, häusliche Krankenpflege, Kur- und Rehabereich) erhalten erhebliche Mitwirkungsrechte bei der Leistungsausgestaltung neben den dafür bisher allein zuständigen Kassen und Ärzten. Auch die Zahntechniker, Hilfsmittelhersteller und die Pharmaindustrie erhalten das Recht zu einer qualifizierten Stellungnahme in Angelegenheiten, die sie finanziell betreffen. Die Krankenkassen und ihre Verbände können außerdem im Rahmen ihrer Aufgabenstellung zur Verbesserung der Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung neue Verfahren und Organisationsformen der Leistungserbringung sowie neue Leistungen der Krankenbehandlung und Pflege, der Rehabilitation und Prävention in zeitlich befristeten Modellvorhaben erproben. Daneben können die Krankenkassen in sog. Strukturverträgen (vernetzte Praxen), die sie mit der Ärzteschaft schließen, beweisen, was im Vertragswege an Einsparungen alles möglich ist.

### Stärkung der Eigenverantwortung

Wir vermeiden eine zusätzliche Belastung der Arbeitskosten auch damit, daß der einzelne finanziell stärker als bisher beteiligt wird. Die generelle gesetzliche Zuzahlungserhöhung von 5 DM bzw. 5 Prozent auf alle bisher bestehenden Zuzahlungen (Ausnahme: Kuren und Reha), die Dynamisierung der Zuzahlungen alle zwei Jahre (erst zum 1. 7. 1999) und zusätzliche Zuzahlungserhöhungen im Falle von Beitragserhöhungen einzelner Kassen sind unpopuläre Maßnahmen, die der Volkspartei Union nicht leicht gefallen sind. Gleichwohl sind diese Maßnahmen unvermeidlich.

Wer wie die SPD den Eindruck erwecken will, man könne auf Zuzahlungen verzichten, handelt unredlich. Medizinischer und medizinisch-technischer Fortschritt sowie

demographische Entwicklung unserer Bevölkerung werden den Finanzdruck in der GKV eher noch erhöhen!

Wir haben dafür gesorgt, daß Zuzahlungen sozialverträglich bleiben. Niemand muß mehr als 2 Prozent, chronisch Kranke maximal nur 1 Prozent des Einkommens für Zuzahlungen aufwenden. Per Änderungsantrag haben wir auch sichergestellt, daß Suchtkranke im Falle der Inanspruchnahme von Rehabilitationsmaßnahmen zukünftig nicht 25 DM (im Osten 20), sondern zukünftig 17 DM (im Osten 14 DM) zuzahlen müssen.

Unsozial sind nicht Zuzahlungen, sondern die Ausgrenzung medizinisch notwendiger Leistungen. Durch unsere Maßnahmen wird dies vermieden mit der Folge, daß die Segnungen der Hochleistungsmedizin und der „Normalmedizin“ in Deutschland jedermann, unabhängig von seinem Alter und Einkommen, zugänglich bleiben.

### Verbesserung der medizinischen Versorgung

Die letzten Wochen und Monate haben bewiesen, daß insbesondere kranke Menschen unter einer dauerhaften Budgetierung leiden. Viele kranke und behinderte Menschen hatten das Gefühl, aus ihrer Sicht notwendige Leistungen nicht mehr zu erhalten. Es ist daher kein Geschenk an die Pharmaindustrie und die Ärzteschaft, wenn endlich das Arzneimittel- und Heilmittelbudget durch Richtgrößen abgelöst wird. Dies kommt insbesondere auch den Versicherten zugute. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, daß wir bereits mit der SPD gemeinsam im Gesundheitsstrukturgesetz von 1992 diese Ablösung gesetzlich formuliert haben. Davon will sie jetzt allerdings nichts mehr wissen, sondern schließt sich der Kassenpolemik der angeblichen Milliardenmehrkosten für die GKV an. Wir werden Ende des Jahres und insbesondere 1998 feststellen, daß sich diese „Horrorzahlen“ nicht realisieren

## Symbolischer Beginn der Bauarbeiten im Preußischen Herrenhaus in Berlin

**Bundesratspräsident Erwin Teufel hat am 20. März gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, und der Staatssekretärin im Bundesbauministerium, Christa Thoben, in einem symbolischen Akt den Startschuß für den Beginn der Bauarbeiten am künftigen Sitz des Bundesrates gegeben.**

Gemeinsam vollendeten Teufel, Diepgen und Thoben eine Inschrift auf einem Sandsteinblock. Sie zeigt die Jahreszahlen 1899 für den Baubeginn, 1951 für den Wiederaufbau nach den Kriegszerstörungen und 1997 für den Beginn der jetzigen Sanierungsarbeiten. Das ehemalige Preußische Herrenhaus wird dem Bundesrat als neuer Sitz dienen, wenn er zeitgleich mit Regierung und Parlament nach Berlin umzieht.

In seiner Rede erinnerte Bundesratspräsident Teufel an die wechselvolle

Geschichte des Gebäudes, das unter anderem dem Preußischen Staatsrat als Sitz gedient habe. Als Präsident des Preußischen Staatsrates sei auch Konrad Adenauer bereits Hausherr an der Leipziger Straße gewesen.

Nun werde, so Bundesratspräsident Teufel, eine neue Ära für die Nutzung des Gebäudes eingeleitet. Das Preußische Herrenhaus bilde nach seinem Umbau einen würdigen Rahmen für die künftige Arbeit des Bundesrates. Von hier aus werde der Bundesrat weiterhin seinen Beitrag zur Stabilität der politischen Verhältnisse in Deutschland und zur Versachlichung der politischen Auseinandersetzungen leisten, wie er es bisher von Bonn aus getan habe. Von hier aus werde der bewährte Föderalismus als konstitutives Element des politischen Systems in Deutschland auch in der Zukunft Zeichen setzen und Kraft finden, um neue Herausforderungen zu bewältigen.

werden, weil wir die sanktionslose Kollektivhaftung durch eine Individualhaftung der Ärzte bei Überschreitungen der Richtgrößen ablösen.

Der feste Punktwert gibt den Ärzten Planungssicherheit mit der Folge, daß der bisher vorhandene „Druck zum Zwang in die Menge“ entfällt und auch Anreize zur unnötigen Krankenhauseinweisung nicht mehr gegeben sind. Auch dies dient der Qualität der medizinischen Versorgung. Profitieren werden die Versicherten auch von einer Verbesserung medizinisch sinnvoller Vorsorgemaßnahmen, durch die Einführung einer Untersuchung für Ju-

gendliche und der Verbesserung der Zahnprophylaxe für Schwangere, Kleinkinder und Erwachsene.

Hervorzuheben ist auch die finanzielle Absicherung der Hospize durch einen Zuschuß der Krankenkassen.

**Fazit:** Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß auch die Finanzierung des Betriebs der Krankenhäuser jetzt wirksamer in das finanzielle Gesamtgefüge der GKV eingebunden wird, kann man feststellen, daß wir unter der Vorgabe, unbedingt eine zustimmungsfreie Reform vorlegen zu müssen, ein sehr gutes Ergebnis erzielt haben. ■

## Bund entlastet Gemeinden

**Über Planungs-, Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren (z. B. beim Hausbau), Erstellung der wirtschaftsnahen Infrastruktur (zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen werden von Kommunen getätigt) und über den Einfluß auf Standortfaktoren wie Kultur, Bildung und Umweltqualität sind die Gemeinden für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes von entscheidender Bedeutung.**

Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist daher vordringlich, damit Gemeinden, Städte und Landkreise auch im nächsten Jahrtausend die Entwicklung Deutschlands positiv beeinflussen können.

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche bundespolitische Maßnahmen zur Entlastung der kommunalen Haushalte beigetragen. Schuldzuweisungen, wonach der Bund Lastenverschiebungen zuungunsten von Ländern und Kommunen vorgenommen habe, sind in keiner Weise gerechtfertigt. Soweit eine Aufgabenübertragung des Bundes auf die Länder und Gemeinden erfolgt ist, hat die Bundesregierung die entsprechenden Finanzmittel an die Länder weitergeleitet.

Gemäß Art. 106, Abs. 7 Grundgesetz obliegt den Ländern die Verantwortung für die Finanzausstattung der Kommunen. Ob die Bundesgelder, die in erheblichem Umfang in die Länderhaushalte geflossen sind, tatsächlich den Kommunen zugute kommen, ist von der Weiterleitung der Länder an die Gemeinden abhängig.

Der Bund hat dagegen für Aufgaben, die den Kommunen übertragen wurden, beträchtliche Entlastungszahlungen geleistet. Dies gilt auch für den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Im Zusammen-

hang mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm wurde daher der Umsatzsteueranteil der Länder um 7 v. H. Punkte angehoben.

Mit der Systemumstellung des Familienleistungsausgleichs ab 1996 (Neuregelung des Kindergelds) erhielten die Länder weitere 5,5 v. H. Punkte des Umsatzsteueranteils vom Bund. Diese zusätzlichen Einnahmen wurden den Ländern auch zum Ausgleich kommunaler Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer gewährt. Die vom Bund vorgesehene Alternative, den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 15 Prozent auf 16 Prozent anzuheben, wurde von den Ländern abgelehnt, die diese Finanzmittel für sich beanspruchten.

**Von Dietrich Austermann und Wolfgang Börnsen, Vorsitzender und stellv. Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Die bundesgesetzlichen Regelungen zur Beteiligung der Kommunen an der Schuldenbedienung des Fonds „Deutsche Einheit“ und an den Länderlasten zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs sind auf Wunsch der Länder erfolgt.

Darüber hinaus profitieren die Kommunen besonders von den Fördermitteln des Bundes aus den Gemeinschaftsaufgaben zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“;

die zum Ausbau der kommunalen Infrastruktur beigetragen haben.

Mit den Strukturhilfemitteln unterstützte der Bund die Entwicklung strukturschwacher Gebiete. Im Rahmen der Städtebauförderung stellte er weitere Mittel zur Verfügung, die zur Stadt- und Dorfsanierung eingesetzt werden.

Durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gewährte der Bund den Ländern bis 1996 Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Im Rahmen der Bahnreform wurde die Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr am 1. 1. 1996 auf die Länder übertragen, die für die Regionalisierung erhebliche Transfermittel vom Bund erhalten. Ab 1997 ist zudem eine Dynamisierung dieser Mittel geplant.

Beträchtliche Einnahmeverbesserungen für die Gemeinden haben sich des Weiteren durch die Neufassung des Konzessionsabgabenrechts ergeben, die den Kommunen pro Jahr zusätzliche Mittel in einem Volumen von 3 Mrd. DM eröffnen.

Steuermehreinnahmen fließen den Kommunen auch durch das Mißbrauchsbekämpfungsgesetz und den Abbau von Steuervergünstigungen im Rahmen des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms zu.

Weitere Einnahmeverbesserungen ergeben sich durch die Postreform II, die die Postunternehmen ab 1996 zur Zahlung von Körperschafts-, Gewerbe- und Grundsteuern verpflichtet. Die Mehreinnahmen von über 3 Mrd. DM im Jahr erhalten Länder und Gemeinden.

Die Bundesregierung hat mehrfach Maßnahmen zur Begrenzung der Sozialhilfeausgaben getroffen, um die Belastungen der kommunalen Haushalte zu minimieren. So konnte der Anstieg der Regelsätze auf jährlich max. 2 Prozent bis 1996 begrenzt werden.

Darüber hinaus hat die Einführung der Pflegeversicherung I und II zu Entlastungen im Bereich der Sozialhilfekosten für Pflegebedürftige geführt. Berechnungen zufolge werden allein von der 2. Stufe der Pflegeversicherung jährliche Einsparungen in Höhe von 10 Mrd. DM erwartet. Ob diese Entlastungen in den kommunalen Haushalten wirksam werden, ist davon abhängig, inwieweit die Länder die Gemeinden an der Finanzierung der Pflegeinfrastruktur beteiligen.

Seit der Neuregelung des Asylrechts 1993 und des damit verbundenen drastischen Rückgangs der Bewerberzahlen konnten die Aufwendungen der Kommunen für Asylsuchende deutlich zurückgeführt werden. Die Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetz, das die Einbeziehung eines weiteren Personenkreises in die abgesenkte Sozialhilfe zum Ziel hat und damit weitere Einsparungen in Höhe von 1 Mrd. DM in den kommunalen Haushalten bewirken könnte, ist bisher im Vermittlungsausschuß am Widerstand der SPD gescheitert.

**Das Einsparpotential für die Kommunen wäre außerdem noch höher ausgefallen, wenn die SPD der Absenkung der Lohnfortzahlung im öffentlichen Dienst und der Verschiebung der Kindergelderhöhung um ein Jahr zugestimmt hätte. Eine zügige Abschiebung der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge unterblieb bisher aufgrund der Weigerung der SPD. Die Konsequenzen müssen die Gemeinden tragen, die weiterhin hohe Sozialhilfeausgaben für die Flüchtlinge leisten müssen.**

Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist die Zielsetzung der Bundesregierung. Die Standortbedingungen in Deutschland müssen wieder für Investitionen attraktiv gemacht werden. Die Senkung der Unternehmenssteuern sind nach der Abschaffung der

## Bundespolitische Maßnahmen mit entlastender Wirkung für die Kommunalhaushalte

Maßnahme	Finanzielle Auswirkungen auf Länder und Kommunen
Neufassung des Konzessionsabgabenrechts	zusätzliche Einnahmespielräume bei der Konzessionsabgabe von rd. 3 Mrd. DM
Pflegeversicherung	Sozialhilfeentlastung 10-11 Mrd. DM jährlich bei voller Wirksamkeit ab 1997
Neuregelung des Asylrechts sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes	deutliche Entlastung der Sozialhilfe
Postreform II	Mehreinnahmen u. a. bei Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer von mittelfristig über 3 Mrd. DM p.a. für Länder und Gemeinden
Neuregelung des steuerlichen Existenzminimums	Entlastung bei der Sozialhilfe
Sozialhilfereform	Sozialhilfeentlastung von mehr als 2 Mrd. DM p. a.
Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung	Entlastung bei Personalausgaben durch Begrenzung der Lohnzusatzkosten

### Durch Bundesrat verhinderte Konsolidierung:

Aussetzung der Regelsatzanpassung zum 1. 7. 1994	Ergebnis des Vermittlungsverfahrens, nettolohnbezogene Anpassung, jedoch max. 2 % (-250 Mio. DM)
Regelsatzanpassung zum 1. 7. 1996	Anpassung um 1 %, durch den Bundesrat verhindert: 90 Mio. DM
Aussetzung der Regelanpassung zum 1. 7. 1997	Ablehnung, durch den Bundesrat verhindert: 270 Mio. DM

Vermögenssteuer vordringlich. Die Gewerbesteuer soll abgeschafft und die Gewerbeertragssteuer mittelstandsfreundlich abgesenkt werden. Gleichzeitig ist geplant, für die Kommunen einen Ausgleich über eine Beteiligung an der Umsatzsteuer zu erreichen. Eine solche Regelung würde sich gewinnbringend in den

Kommunalhaushalten niederschlagen. Aufgrund der Verweigerungshaltung der SPD konnte die Umsatzsteuerbeteiligung der Kommunen bisher nicht in Kraft treten, obwohl der Bundestag dies bisher dreimal beschlossen hat, zuletzt am 28. Februar. Damit schadet die SPD wiederholt den Gemeinden.



Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert:

## 30 Prozent weniger Tierversuche: nur einer unserer Erfolge

**Mit der Beratung des Tierschutzberichtes 1997, des Tierschutzgesetzes und einiger ganz spezieller Tierschutzthemen wird einmal mehr deutlich, welchen politischen Stellenwert wir in Deutschland dem Tierschutz beimessen, in allen Parteien und in allen Bevölkerungsgruppen.**

Sicher, manchen gehen die Regelungen und Vorgaben zum Tierschutz noch nicht weit genug. Aber jeder, der sich schon einmal ganz konkret um Fortschritte beim Tierschutz bemüht hat, der weiß: Die Verbesserung des Tierschutzes ist wie das Bohren von dicken Brettern: Man braucht Ausdauer, viel Kraft und natürlich das richtige Werkzeug. Das heißt, mit dem großen Hammer, mit Radikalforderungen erreichen wir bei dem sensiblen Thema Tierschutz gar nichts. Dies gilt besonders, was einen hohen und einheitlichen europäischen Tierschutz betrifft. Daher sollte sich jeder bewußt sein: Wer machbare, schrittweise Verbesserungen ablehnt, dient nicht dem Tierschutz, der verhindert einen erfolgreichen Tierschutz.

Der Tierschutzbericht 1997 zeigt, daß wir auch in den vergangenen zwei Jahren einiges im Tierschutz erreicht haben. Ich nenne beispielhaft: Von 1991 bis 1995 haben sich die in Versuchen verwendeten Wirbeltiere von rund 2,4 Mio. auf etwa 1,6 Mio. verringert. Das bedeutet einen Rückgang um etwa 30 Prozent. Ein Teil der Tierversuche wurde wohl auch ins Ausland verlagert.

Dies unterstreicht einmal mehr die Notwendigkeit eines internationalen und grenzüberschreitenden Tierschutzes. Die

Erweiterung der europäischen Tiertransportrichtlinie um wichtige Detailbestimmungen wie die Transportdauer und die Versorgung der Tiere haben wir in Brüssel in zähen Verhandlungen durchgesetzt. Ich habe dem Kompromiß zur Änderung der europäischen Tiertransportrichtlinie zugestimmt, weil damit erstmals eine europaweite Regelung zur Begrenzung der Schlachtiertransporte verabschiedet wurde. Sicher wäre mir auch hier eine weitergehende und auf absolut acht Stunden festgelegte Begrenzung lieber gewesen. Nur, mehr war bisher nicht drin. Ich habe aber immer klargestellt, daß dies aus Sicht der Bundesregierung ein erster wichtiger Schritt ist, dem weitere folgen müssen.

### Weiterer Handlungsbedarf

Trotz der durchaus beachtlichen Fortschritte im nationalen, europäischen und internationalen Tierschutz gibt es weiteren Handlungsbedarf. Handlungsbedarf besteht auch bei der Legehennenhaltung. Hier haben wir die Europäische Kommission immer wieder aufgefordert, endlich ihren Bericht über die Entwicklung tierschutzgerechter Haltungsformen vorzulegen und geeignete Vorschläge zur Verbesserung des Tierschutzes bei Legehennen zu machen.

Bei den Tierversuchen wollen wir weitere Anstrengungen unternehmen, um die internationale Anerkennung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zu erreichen. Gleichzeitig werden wir der Haltung von Versuchstieren ein stärkeres Augenmerk widmen. ■

# Mobilität – ein knappes Gut

**Der durch die Mobilität verursachte Verkehr hat in der Vergangenheit mit dem Wachstum von Wirtschaft und Wohlstand erheblich zugenommen. Mobilität ist zwar**

- **Ausdruck des grundlegenden menschlichen Bedürfnisses nach Beweglichkeit,**
- **Voraussetzung für persönliche Entfaltung,**
- **Voraussetzung für Funktionsfähigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft.**

**Aber es wird jedoch immer deutlicher, daß dringend Maßnahmen geboten sind, um Mobilität dauerhaft zu erhalten und dabei unerwünschte Auswirkungen spürbar zu verringern.**

Die bisherige Verkehrsforschung konzentrierte sich überwiegend auf die Entwicklung neuer Technologien zur Optimierung der einzelnen Verkehrsträger. Dies hat zur Folge, daß Deutschland mittlerweile in den meisten Verkehrstechnologiebereichen international eine führende Position einnehmen konnte. Hierdurch sind optimale Voraussetzungen geschaffen worden, um die sich bereits in Umrissen abzeichnende Entstehung einer Mobilitätswirtschaft mit neuen, zukunftsorientierten Mobilitätsdienstleistungen (z. B. Mobilitätsberatung) zu schaffen. Denn eins wird uns jeden Tag deutlich vor Augen geführt: Mobilität wird immer knapper und es ist ein Gebot der Stunde die Ressource Mobilität effizient und schonend zu nutzen.

Diese Aufgabe wurde vom Bundeskabinett klar erkannt. Es verabschiedete das von Bundesforschungsminister Rüttgers entworfene Konzept „Eckwerte einer zukunftsorientierten Mobilitätsforschungspolitik“. Neben der Strukturierung der

Mobilitätswirtschaft ist es das Ziel, den Industrie- und Innovationsstandort Deutschland zu stärken und die Erschließung eines bedeutenden wirtschaftlichen Potentials zu ermöglichen.

Es werden folgende Zielfelder der Mobilitätsforschung definiert:

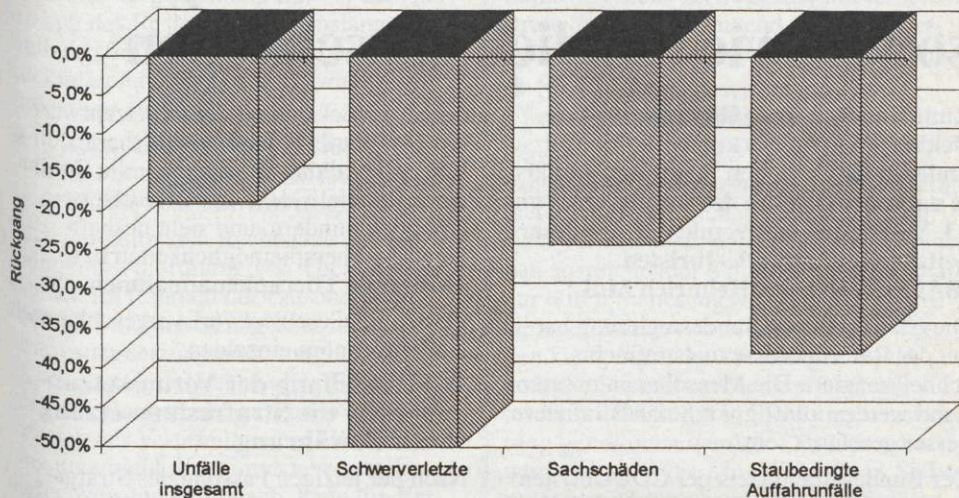
- Verkehrsreduzierende Strukturen fördern
- Effizienz des Verkehrssystems erhöhen
- Umwelt und Ressourcen schonen
- Verkehrssicherheit verbessern
- Mobilität und Verkehr besser verstehen.

**Von Georg Brunnhuber,  
Stellvertretender verkehrs-  
politischer Sprecher der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Äußerst interessant ist der neue Weg beim Projektmanagement, der bei der Mobilitätsforschung angewendet werden soll. Neben der „klassischen“ Förderung einzelner Projekte wird besonders bei komplexen Problemstellungen der Aufbau von sogenannten Projektnetzwerken unterstützt. Diese sollen die interdisziplinäre Zusammenarbeit auf wissenschaftlicher Ebene verbessern und Kooperationen erleichtern. Durch Querverbindungen zwischen den Einzelprojekten findet ein ständiger Informations- und Erfahrungsaustausch statt und es können die dadurch entstehenden Synergieeffekte genutzt werden. Um dieses neue Konzept umzusetzen, werden fünf Projektnetzwerke unterstützt:

- Mehr Transporteffizienz statt Mehrverkehr, d. h. das Güter- und Personentransportaufkommen soll durch Steigerung der

## Entwicklung der Verkehrssituation nach der Einführung von Telematiksystemen



Effizienz mit weniger Verkehr abgewickelt werden.

- Zukunftsstrategien für die Mobilität im Ballungsraum, d. h. die Verbesserung der Verkehrssituationen in Ballungsräumen, da hier die unterschiedlichsten Mobilitätsansprüche um die Nutzung der Verkehrsinfrastruktur mit den Ansprüchen der Einwohner an die Lebensqualität konkurrieren.

- Minimaler Ressourcenverbrauch und Emissionsverringering.

- Die sichere Straße, d.h. Erhöhung der aktiven und passiven Sicherheit im gesamten Verkehrssystem. Insbesondere die breite Einführung von Mikroelektronik und Telematik im Verkehrsbereich wird zu einem sehr hohen Niveau der Sicherheit führen. Beeindruckend deutlich wird die Wirkung von Verkehrsbeeinflussungsanlagen anhand der obigen Grafik.

- Umweltgerechtes Verkehrsverhalten beginnt in den Köpfen: Dieses Projekt betrifft uns alle und sollte deshalb von den Politikern selbst unterstützt werden. Das vorhandene Umweltbewußtsein und die grundsätzliche Bereitschaft, sich umwelt-

und sozialverträglicher zu verhalten, decken sich leider nicht immer mit dem tatsächlichen Mobilitätsverhalten der Menschen. Dies liegt zum Großteil an unzureichender Kenntnis über konkrete Auswirkungen gewohnter Mobilitätsentscheidung und zu sorgloser Inanspruchnahme des Gutes Mobilität.

Die „Eckwerte einer zukunftsorientierten Mobilitätsforschungspolitik“ stellen ein umfassendes und geschlossenes Konzept zur Lösung der zunehmenden Mobilitätsprobleme dar. Um optimale Ergebnisse erzielen zu können, bedarf es der Unterstützung eines jeden von uns. ■

### Personalie

Die rheinland-pfälzische CDU-Landtagsfraktion hat **Christoph Böhr** zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der Nachfolger des bisherigen Fraktionschefs Johannes Gerster erhielt in geheimer Abstimmung am 12. März in Mainz 38 von 39 abgegebenen Stimmen.

# Die Gefahr von Wiederholungstaten soweit wie möglich ausschließen

**Zum Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten erklärte nach der Debatte des Bundestages am 13. März der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises der CDU-Juristen (BACDJ), Herbert Helmrich MdL:**

Die CDU-geführte Bundesregierung hat bei der Reform des Sexualstrafrechts schnell reagiert. Die Menschen in unserem Land werden künftig vor Sexualstraftätern besser geschützt sein.

Der Bundesarbeitskreis der CDU-Juristen hatte bereits im Oktober des letzten Jahres ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgestellt, das neben Straferhöhungen sowie Erweiterungen der Möglichkeiten von **Führungsaufsicht** und **Sicherungsverwahrung** verbesserte Möglichkeiten der Therapie von Sexualtätern vorsah. Zahlreiche dieser Vorschläge haben Eingang in den Koalitionsentwurf von CDU/CSU und FDP gefunden, der inzwischen vom Kabinett gebilligt worden ist.

Dieser Gesetzentwurf sieht ein Instrumentarium vor, das von den verschiedenen Stationen des Vollzuges, der Entscheidung über den Zeitpunkt der Entlassung und über Maßnahmen für die Zeit nach der Entlassung bis hin zu einer evtl. Sicherungsverwahrung, die jeweils optimale Maßnahme ermöglicht. Dabei setzen die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen insbesondere darauf, **die Gefahr von Wiederholungstaten – so weit dies überhaupt möglich ist – auszuschließen.**

Der Gesetzentwurf trägt damit dem Sicherheitsinteresse der Allgemeinheit, insbesondere bei der Strafrestaussetzung zur Bewährung besser als bisher Rechnung.

Ferner berücksichtigt der Gesetzentwurf die Erkenntnisse darüber, daß therapeutische Behandlungsmaßnahmen die Gefahr eines Rückfalls des Sexualstraftäters erheblich mindern, und sieht deshalb verstärkt Therapiemöglichkeiten bzw. **zwingende Therapiemaßnahmen** vor.

Zu den im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungen im einzelnen:

## ● Klarstellung der Voraussetzungen für die Strafrestaussetzung zur Bewährung

Nach der jetzigen Fassung des Strafgesetzbuches kann der Rest einer Freiheitsstrafe zur Bewährung dann ausgesetzt werden, wenn „verantwortet werden kann, zu erproben, ob der Verurteilte außerhalb des Strafvollzugs keine Straftaten mehr begehen wird“. Dieser Entscheidungsmaßstab soll jetzt zugunsten des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit verschärft werden. Künftig kann eine vorzeitige Haftentlassung nur dann erfolgen, „wenn dies unter Berücksichtigung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit verantwortet werden kann“.

Bei den anlässlich dieser Entscheidung zu beachtenden Gesichtspunkten soll dem Kriterium des bei einem Rückfall bedrohten Rechtsguts, also dem durch Sexualstraftäter bedrohten Leben zukünftiger Opfer, besonderes Gewicht zukommen.

## ● Einholung eines Gutachtens vor der Strafrestaussetzung zur Bewährung bei rückfallgefährdeten Tätern

Bei Verurteilten, bei denen eine spätere Rückfalltat nicht ganz sicher auszuschließen ist, muß künftig vor der Entscheidung über die Aussetzung des Strafrechts zur Bewährung ein Sachverständigengutachten

eingeholt werden. Bisher besteht eine Pflicht zur Begutachtung nur bei der Aussetzung des Restes einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Ergibt das Gutachten eine Rückfallgefährdung, ist eine vorzeitige Entlassung ausgeschlossen.

### ● **Therapieweisung bei der Strafaussetzung oder Strafrestaussetzung zur Bewährung**

Nach der geltenden Rechtslage ist eine zwingende Anordnung von Therapiemaßnahmen im Rahmen der Entscheidung über die Strafaussetzung bzw. die Strafrestaussetzung nicht möglich. Künftig soll das Gericht auch ohne Einwilligung des Betroffenen anordnen können, daß sich der Verurteilte einer Heilbehandlung unterzieht. Kommt der Verurteilte dieser Weisung nicht nach, kann die Entscheidung über die Strafaussetzung widerrufen werden.

### ● **Pflicht zur Therapie auch bei Führungsaussicht mit voller Verbüßung der Freiheitsstrafe**

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß auch nach einer vollen Verbüßung der Freiheitsstrafe die Möglichkeit bestehen muß, im Interesse der Sicherheit der Allgemeinheit weitere Maßnahmen zur Verhinderung eines Rückfalls anzuordnen. Deshalb sollen nach den Vorschlägen des Gesetzentwurfs im Rahmen der Führungsaufsicht, die sich an die Verbüßung der Freiheitsstrafe anschließt, zwingende Therapieweisungen möglich sein.

### ● **Verlegung von Sexualstraftätern in sozialtherapeutische Anstalten**

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben weiterhin gezeigt, daß die Gefahr von Wiederholungstaten durch eine stärkere therapeutische Betreuung von Tätern reduziert werden kann. Nach geltendem Recht gelangen Sexualstraftäter jedoch zumeist zur Strafverbüßung in den allgemeinen Strafvollzug, in dem therapeutische Betreuung nur unzureichend geboten werden

kann. Deshalb sollen künftig bei Verurteilungen zu mehr als zwei Jahren Freiheitsstrafe Straftäter zwingend in sozialtherapeutische Einrichtungen verlegt werden.

### ● **Sicherungsverwahrung für rückfällige Sexualstraftäter**

Obwohl Therapie und Behandlung gute Chancen für eine Heilung von Straftätern bieten, darf man sich doch nicht der Einsicht verschließen, daß es Fälle gibt, in denen ausreichender Schutz der Gesellschaft nur durch Sicherungsverwahrung besonders gefährlicher Straftäter erreicht werden kann. Nach dem bisherigen Recht konnten Sexualstraftäter erst nach der zweiten Rückfalltat in Sicherungsverwahrung genommen werden. Der Gesetzentwurf sieht nun die Möglichkeit vor, Sicherungsverwahrung bereits nach der ersten Rückfalltat anzuordnen.

Die in diesem Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen müssen flankiert werden durch eine **Anhebung der im Strafgesetzbuch vorgesehenen Strafen bei Sexualdelikten**. Deshalb muß auch der überarbeitete Entwurf zur Reform des Strafrechts, der insbesondere bei sexuellem Mißbrauch von Kindern Strafverschärfungen vorsieht, möglichst zeitgleich verabschiedet werden.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist im ebenfalls von der Koalition von CDU/CSU und FDP vorgelegten Entwurf für ein **Zeugenschutzgesetz** enthalten. Danach soll den besonderen Bedürfnissen schutzwürdiger Zeugen, d. h. insbesondere kindlichen Opferzeugen oder vergewaltigten Frauen durch den Einsatz von Videotechnologie besser als bisher Rechnung getragen werden. Ferner wird ihnen für den Zeitraum der Vernehmung ein Zeugenbeistand auf Staatskosten bestellt.

Die drei Gesetzentwürfe zusammen bieten ein schlüssiges Konzept – bestehend aus präventiven und repressiven Maßnahmen, um die Allgemeinheit besser als bisher vor gefährlichen Straftätern zu schützen. ■

## 50. Landesparteitag in Neumünster

# Peter Kurt Würzbach neuer Landesvorsitzender



**Der neue Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein heißt Peter Kurt Würzbach. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Staatssekretär a. D. setzte sich auf dem 50. Landesparteitag in Neumünster bereits im ersten Wahlgang gegen seine Mitbewerber, die Landtagsabgeordneten Thomas Stritzl, der 116 Stimmen erhielt, und Angelika Volquartz, für die sich 50 Delegierte aussprachen, durch.**

Vor dem Landesparteitag hatten sich Thomas Stritzl, Angelika Volquartz und Peter Kurt Würzbach bei einer Tournee durch die Kreisverbände vorgestellt und dabei zahlreiche Fragen von Parteimitgliedern beantwortet. So blieb es auf dem Parteitag bei einer kurzen Präsentation der Bewerberin und der Bewerber, bevor die Delegierten zur Wahl schritten. Das klare Ergebnis für Peter Kurt Würzbach schon im ersten Wahlgang kam für viele überraschend.

Peter Kurt Würzbach ist damit Nachfolger des bisherigen Landesvorsitzenden Ottfried Hennig, der die Partei seit 1989 führte und seit 1992 in Personalunion auch Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag ist.

In seinem Rechenschaftsbericht ging der scheidende Landesvorsitzende Ottfried Hennig auf seine Amtszeit ein, in der die Bewältigung der sogenannten Kieler Affäre eine große Rolle spielte. Ottfried Hennig übernahm im April 1989 den CDU-

Landesverband Schleswig-Holstein von Gerhard Stoltenberg, der damals nicht wieder kandidierte.

Damals sei die CDU Schleswig-Holstein, wie heute jeder wisse, zu unrecht verunglimpft und verleumdet worden und in eine tiefe Krise gestürzt. Er sei angetreten, sagte Hennig, mit dem festen Willen, die Partei aus diesem tiefen Loch herauszuführen, und mit dem Willen, diese Affäre aufzuklären. Genau dies sei dann mit einem zweiten Untersuchungsausschuß geschehen, der zu dem Rücktritt des SPD-Kanzlerkandidaten Engholm führte und die wahre Rolle der SPD in der Kieler Affäre aufdeckte. Die CDU Schleswig-Holstein sei nun wieder ein ganz normaler, lebendiger und erfolgreicher Landesverband der CDU Deutschlands. In den Jahren seit 1989 habe die CDU ihre Erneuerung entschlossen vorangetrieben und zum Beispiel zur Landtagswahl 1992 eine Liste mit 23 neuen Kandidaten, zehn Frauen und einer deutlichen Absenkung des Durchschnittsalters verabschiedet. Mit der Landtagswahl 1996 sei der Abstand zur SPD dann von 21,5 auf 2,6 Prozent zusammengeschumpft.

Die Einführung der Schnuppermitgliedschaft und die sogenannten „Pahlener Beschlüsse“ der CDU führten zur Verjüngung der Partei, zur aktiven Frauenförderung, zur Öffnung der Partei, zu mehr Bestimmung und schließlich dazu, daß die CDU Schleswig-Holstein heute wieder stärkste Mitgliederpartei im nördlichsten Bundesland ist.

## Der neue Landesvorstand

### Vorsitzender:

Peter Kurt Würzbach, MdB

### Stellvertretende Vorsitzende:

Thomas Stritzl, MdL

Angelika Volquartz, MdL

Reimer Böge, MdEP

Torsten Geerds, MdL

### Schatzmeister:

Michael von Schmude, MdB

### Stellvertretender Schatzmeister:

Otto Bernhardt

### Beisitzer:

Jochen von Allwörden

Thorsten Geißler, MdL

Caroline Schwarz, MdL

Monika Schwalm

Elisabeth Pier

Stefan Mühl

Brita Schmitz-Hübsch, MdL

Ursula Röper, MdL

Bärbel Schulz

Gert Willner, MdB

Timo Scheil

Dr. Peter Bendixen

### Kraft Amtes gehören dem Landesvorstand an:

Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Otfried Hennig

1. Landtagsvizepräsident,  
Eberhard Dall'Asta

### Mitberatende Stimmen:

Ehrenvorsitzender Kai-Uwe von Hassel, Bundestagspräsident a. D.  
Ehrenvorsitzender Gerhard Stoltenberg, MdB, Bundesminister a. D.

Hennig rief in seiner letzten Rede als Landesvorsitzender dazu auf, die großen Reformvorhaben jetzt in schnellen Schritten zu verwirklichen, und ging scharf mit der rot/grünen Landesregierung ins Gericht. Die Ziele für die nächsten Jahre seien klar. Im Mai wolle die CDU bei den ersten Oberbürgermeister-Direktwahlen in der Landeshauptstadt Kiel und in Neumünster die roten Rathäuser knacken. Im März 1998 müsse bei den Kommunalwahlen die Basis für den Regierungswechsel im Jahr 2000 gelegt werden, und bei der Bundestagswahl im Herbst gehe es darum, die Koalition der Mitte in Bonn mit Bundeskanzler Helmut Kohl fortzusetzen.

Die CDU Schleswig-Holstein kehre jetzt, sagte Hennig abschließend, zu der Normalität zurück, daß die beiden Ämter Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender geteilt werden. Die Parteitage delegierten dankten Otfried Hennig mit den in Schleswig-Holstein seltenen „standing ovations“,

bevor der Ehrenvorsitzende Gerhard Stoltenberg seinem Nachfolger für seine Tätigkeit als CDU-Landesvorsitzender mit einer Uhr dankte. Gerhard Stoltenberg unterstrich noch einmal die Erneuerungs- und Reformarbeit, die Otfried Hennig für die CDU geleistet habe, und wies darauf hin, daß Hennig als Fraktionsvorsitzender auch weiterhin in das Führungszentrum der Partei gehöre.

Nach der Entlastung des alten Landesvorstandes verabschiedete Otfried Hennig selbst mit Gudrun Hunecke und Eberhard Dall'Asta zwei langjährige stellvertretende Landesvorsitzende. Gudrun Hunecke hatte dem CDU-Landesvorstand seit 12 Jahren angehört und war ebenso lange stellvertretende Landesvorsitzende. Eberhard Dall'Asta wurde 1975 in den Landesvorstand gewählt und war stellvertretender Landesvorsitzender seit 1981. Er gehört als 1. Landtagsvizepräsident dem CDU-Landesvorstand auch weiterhin an. ■

# Reale Chance, im Bündnis mit der FDP Schröder abzulösen

**Zum Landesparteitag traf sich am 15. März die Christlich-Demokratische Union im Landesverband Oldenburg.**

In Wildeshausen, in der Widukindhalle, versammelten sich die Delegierten der neun Kreisverbände zu ihrem Wahlparteitag. Begrüßt wurden sie unter dem Motto: „CDU – die Volkspartei im Oldenburger Land“.

Vorsitzender Manfred Carstens, Parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Verkehrsministerium und Cloppenburgischer Kreisvorsitzender, wurde mit einem hervorragenden Ergebnis wiedergewählt. Mit 90 Prozent Zustimmung steht er nun seit 1985 dem Landesverband vor.

Als Gäste nahmen neben den Delegierten zahlreiche Vertreter der befreundeten Verbände, Gewerkschaften, der Bundes-CDU und der gastgebenden Stadt Wildeshausen teil. Die Tagungsleitung hatte Thomas Schulze, Vorsitzender des Kreisverbandes Oldenburg Land.

„Wildeshausen in guter Erinnerung zu behalten“, diesen Wunsch richtete der stellvertretende Bürgermeister Herbert Weitz in seiner Begrüßung an die Teilnehmer. Dazu beitragen sollte ein sogenannter „Markt der Möglichkeiten“, auf dem gelungene Aktionen der

Kreisverbände und Vereinigungen dargestellt wurden. Die Veranstaltung ist als Gesprächsparteitag mit Wahlen konzipiert worden. In einer Zeit der Politik- und Politikerverdrossenheit präsentierten sich die Oldenburger Christdemokraten als lebendige Volkspartei.

Kennzeichnend dafür, daß die CDU die Volkspartei im Oldenburger Land ist, ging der Vorsitzende Manfred Carstens zu Beginn seines Rechenschaftsberichtes noch einmal auf die Kommunalwahlen vom letzten Herbst ein. „Dort ging die CDU als eindeutiger Sieger nach Punkten hervor.“ In 41 Städten und Gemeinden stellte die CDU die Bürgermeister: „Eine große Verantwortung aller Mandatsträger und der gesamten Partei gegenüber der Bevölkerung unserer Region“, so Carstens weiter.



Von links nach rechts: Stellvertretender Landesvorsitzender Friedhelm Biestmann, Landesschatzmeister Josef Dierkes, Landesvorsitzende der Frauen-Union Monika Scherbring, Landesvorsitzender Manfred Carstens, stellvertretender Landesvorsitzender Erich Maaß.



## Weitere Wahlergebnisse:

### Stellvertretende Landesvors.:

Monika Scherbring aus Steinfeld, Landesvorsitzende der Frauen Union, Friedhelm Biestmann, MdL aus Neuenkirchen, Erich Maaß MdB aus Wilhelmshaven

**Landesschatzmeister:** Josef Dierkes MdL aus Oldenburg

**10 Beisitzer:** Hans-Jürgen Behnke aus dem Kreisverband Vechta, Cäci-

lia Bokern aus dem Kreisverband Vechta, Thomas Bunting aus dem KV Ammerland, Hans Eveslage MdL KV Cloppenburg, Klaus Friedrich KV Wilhelmshaven, Eva-Maria Kors MdB KV Delmenhorst, Inse-Marie Orgties KV Friesland, Björn Thümler KV Wesermarsch, Joachim Wiesensee KV Wesermarsch, Barbara Woltmann KV Ammerland

Die gute Sacharbeit stellte Carstens anschließend mit Kurzbeiträgen zur Familien- und Steuerpolitik dar und formulierte als aktuelle Forderung des Tages positive Auswirkungen zugunsten der Familien bei den Beratungen der Renten-, Gesundheits- und Steuerreform.

Dem Thema Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen will sich die heimische Union auch 1997 verstärkt widmen und hofft, daß auch in diesem Sommer ausreichend Ausbildungsplätze für die Jugend angeboten werden.

Da für eine Volkspartei auch, neben der guten Sacharbeit, ein wichtiger Faktor die Mitgliederstärke ist, zeigte sich der Landesvorsitzende erfreut über die Mitgliederentwicklung der jüngsten Zeit. Mitsamt der Jungen Union und der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) hat der Landesverband rund 18 000 Mitglieder und liegt nach den neuesten Zahlen der Bundesgeschäftsstelle bundesweit an erster Stelle bei der Mitgliederwerbung.

Bei den Landtagswahlen im kommenden Frühjahr, so der Vorsitzende, gibt es die reale Chance, durch ein Bündnis mit der

FDP den Ministerpräsidenten Schröder abzulösen. „Es wird allerhöchste Zeit“, so Carstens.

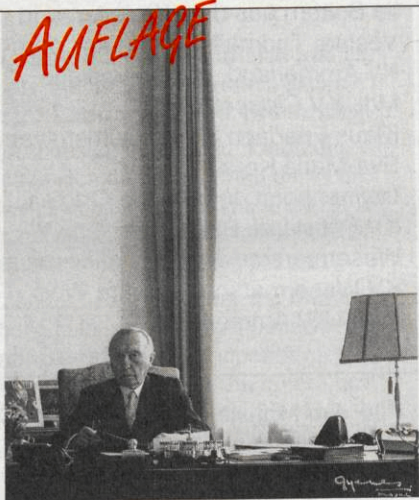
### Die Beratung zahlreicher Sachanträge folgte

Als Initiativantrag wurden zwei Anträge zu den Naturschutzrichtlinien und der geplanten Landtagswahlkreisreform verabschiedet. Die Landes-CDU fordert eine Reduzierung und somit Neuzuschnitt der Landtagswahlkreise von derzeit 100 auf künftig 80 Direkt-Wahlkreise, wobei die landsmannschaftlichen und strukturpolitischen Grenzen sowie Landkreisgrenzen Berücksichtigung finden sollen. Den von der SPD vorgelegten Entwurf sieht die Union als rein parteitakisch motiviert.

Zu den aktuellen Diskussionen um die großen Reformvorhaben wurde den Kreis-, Gemeinde- und Ortsverbänden ein Positionspapier zur weiteren Beratung vorgelegt. Auf der nächsten Parteiaus-schußsitzung, dem sogenannten „kleinen Parteitag“, will die heimische Union dann klare Positionen für die Volkspartei im Oldenburger Land festschreiben. ■

## KONRAD ADENAUER IM PORTRAIT 1917-1966

2. AUFLAGE



### KONRAD ADENAUER IM PORTRAIT 1917-1966

60 Portraits mit Zitaten Konrad Adenauers erzählen auf 120 Seiten die Bildgeschichte eines der wichtigsten Politiker, die Deutschland im 20. Jahrhundert prägten.

Mit Texten von Rolf Sachsse, einer Konrad-Adenauer-Biographie in Daten und den Biographien der Photographen.

Der  
Erfolgs-  
Bildband  
über das  
Leben  
des  
ersten  
Kanzlers  
der  
Bundesrepublik  
Deutschland  
in Neuauflage

Herausgeber: Kölnisches Stadtmuseum, Kölnische Galerie, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf.

Bezogen werden kann der Band zum Preis von DM 38,- inkl. Versandkosten bei:  
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.,  
Bildungszentrum Schloß Eichholz, Postfach 13 31, 50387 Wesseling  
Telefon (0 22 36) 7 07-2 84  
Telefax (0 22 36) 7 07-2 30

# Materialien für **EURO** Veranstaltungen



● Leitfaden für EURO-Veranstaltungen

Bestell-Nr.: 4219  
Verpackungseinheit: 5 Expl.  
Preis je Einheit: 10,- DM

Nr.	Artikel	Menge	Preis
11217	<b>Euro-Paket 1</b>		
	• Ankündigungsplakat A1	25 Expl.	
	• Dekoplatat A1	25 Expl.	
	• Dekoplatat A2	25 Expl.	
	• Dekoplatat 50 cm x 126 cm (Rednerpultverkleidung)	5 Expl.	
	• Rahmenflugblätter	500 Expl.	
	• Aktionsleitfaden	1 Expl.	<b>55,- DM</b>
11218	<b>Euro-Paket 2</b>		
	• Ankündigungsplakat A1	50 Expl.	
	• Dekoplatat A1	50 Expl.	
	• Dekoplatat A2	50 Expl.	
	• Dekoplatat 50 cm x 126 cm (Rednerpultverkleidung)	10 Expl.	
	• Rahmenflugblätter	1000 Expl.	
	• Aktionsleitfaden	2 Expl.	
	• Mikrofonschutz	2 Expl.	
• Rückwandgroßdisplay	1 Expl.	<b>460,- DM</b>	



● **EURO-CD-ROM** zur multimedialen Unterstützung eines Vortrages zum Thema „EURO – Die Währung für eine sichere Zukunft“ – mit Musterrede

Bestellungen der CD-ROM:  
CDU-Bundesgeschäftsstelle,  
Tel. (02 28) 5 44-4 77, Fax (02 28) 5 44-4 82.  
Preis: 15,- DM zuzüglich MwSt. und Versand.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN

**EURO**  
Zehn gute Gründe  
für den EURO

WIR  
GESTALTEN  
ZUKUNFT **CDU**

Faltblatt

Bestell-Nr.: 2172

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je Einheit: 20,- DM

**EURO**  
Die Währung  
für eine sichere  
Zukunft

Argumente für die politische  
Diskussion rund um den **EURO**

WIR  
GESTALTEN  
ZUKUNFT **CDU**

Argu-Broschüre

Bestell-Nr.: 5176

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je Einheit: 15,25 DM

**Bestellungen  
an:**

IS-Versand-  
zentrum  
Postfach 11 64  
33759 Vermold  
Fax  
(0 54 23) 4 15 21

Alle Preise  
zzgl. MwSt. und  
Versand

# UiD

10/1997

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:**  
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113  
Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs  
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.  
(02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:**  
Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183  
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504  
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.  
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** vva Vereinigte Verlags-  
anstalten GmbH, Düsseldorf.